



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 4.

Berlin, den 28. April 1918.

13. Jahrgang.

## Große Siege, viel Steuern, wenig Rechte.

Berlin, den 23. April 1918.

### Der Steuersegen.

Die vielgelästerte deutsche Staatsbürokratie weiß in manchen Dingen mit bewundernswerter Präzision zu arbeiten. Just zur selben Zeit, in der sie daran ging, den großen Reklameapparat für die achte Kriegsanleihe abzubauen, keine Minute früher oder später, ließ sie ihre neue Steuervorlage auf das liebe, brave deutsche Volk los. Dieser Zahlungsbefehl auf die große, noch lange nicht abgeschlossene Kriegsrechnung hätte vorher auf die Zeichnungsbegeisterung vieler naiver Staatsbürger abkühlend wirken können, ein weiteres Hinausschieben der Steuerbeschaffung wäre aber angesichts des großen Mißverhältnisses zwischen Soll und Haben im Reichshaushalt nicht angängig gewesen. Denn die großartigen Bumperfolge der Kriegsanleihen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Finanz- und Steuerpolitik Deutschlands auf sehr schwachen Füßen steht. Je mehr und je öfter Kriegsanleihen ausgeschrieben werden, und je länger täglich 180 Millionen Mark für militärische Zwecke ausgegeben werden müssen, — diese Ausgaben werden mit der Länge des Krieges immer größer statt kleiner — desto mehr muß zur Deckung der Zinsen und zur Bezahlung der anderen stattlichen Kriegsrechnungen die Steuerschraube angezogen werden. Und da die Bundesstaaten eifersüchtig darüber wachen, daß ihnen das Reich nicht in ihr Privileg der direkten Steuern eingreift, da es weiter in Deutschland Regierungsgrundgesetz ist, das höhere Einkommen, Vermögen, die Erbschaften usw. nicht allzu hart anzufassen, so werden die Mißen des arbeitenden Volkes mit Steuerlasten bedacht werden, gegen die ihre Steuerleistungen vor dem Kriege nur armelige Bettelpfennige waren.

Wir können bei unserem beschränkten Raum nicht auf die einzelnen Gesehe der neuen Vorlage und auf deren steuertechnische Eigenart eingehen. Wir raten aber unseren Lesern dringend, sich über die Steuerberatungen des Reichstages in der Tagespresse zu informieren. Ein klares Bild von der Stellung unserer Partei werden sie nur in der Unabhängigen Parteipresse, vor allem der „Leipziger Volkszeitung“, erhalten, da die bürgerliche und regierungsozialistische Presse systematisch die Ausführungen der unabhängigen Abgeordneten verkürzt, entstellt oder gar totschweigt. Auf keinen Fall darf man sein Urteil über das Verhalten der Unabhängigen Fraktion auf die tendenziösen Berichte der gegnerischen Presse aufbauen. Wir wollen an dieser Stelle nur einige allgemeine Gesichtspunkte herausgreifen, die für das Proletariat bei Beurteilung der Steuerfragen von Bedeutung sind.

Die in der Vorlage zusammengefügten Steuer-gesetze verlangen mit einer einzigen, geringfügigen Ausnahme Steuerleistungen, die in ihrem Wesen und in ihrer Wirkung indirekte Steuern sind. Rund 3 Milliarden Mark sollen durch sie aufgebracht werden. Aber obwohl es sich um die größte Steuerforderung handelt, die jemals dem Reichstage vorgelegt wurde, wird sie angesichts der ungeheuren Kriegsrechnung nur wirken wie der Tropfen auf den heißen Stein. Harmlose und politisch naive Gemüter — und nirgends ist die politische Verständnislosigkeit größer als gerade in Steuerfragen — haben bei der oberflächlichen Betrachtung der Gesehentwürfe gemeint: Luxussteuern, Weinsteuern usw. bezahle ich als armer Teufel ja doch nicht, die Sache ist also nicht so schlimm. In Wahrheit liegen die Dinge aber so: Schon diese Steuer-gesetze geben die Gewißheit, daß die Steuerungsverhältnisse der Kriegszeit auch zu einem Dauerzustande der Friedensjahre werden. Das arbeitende Volk muß auf lange

mit einer Verteuerung seiner Lebenshaltung rechnen, seine Nahrung, seine Kleidung, seine Wohnung usw. werden ihm durch die Umsatzsteuer usw. derart verteuert, daß das Wort vom „Noisfrieden“, das der frühere Reichskanzler Michaelis kürzlich geprägt hat, seine volle Berechtigung haben wird. Nimmt man dann noch hinzu, daß nach Friedensschluß auch die Kriegsindustrie und damit die unter dem Kriegszwange gezahlten Kriegslöhne ein Ende haben, ja daß man schon jetzt in vielen Kriegsbetrieben systematisch am Abbau der Kriegslöhne arbeitet, daß ferner die Kriegsunterstützungen wegfallen, daß der Uebergang zur Friedenswirtschaft für die Arbeiterschaft alle möglichen Gefahren in bezug auf Arbeitsmöglichkeit u. dergl. bringen wird, so wird den einsichtigen Arbeitern und Arbeiterinnen klar werden, daß sie die Steuerabsichten der Regierung nicht auf die leichte Achsel zu nehmen haben. Sie haben auch den anderen, weniger geschulten Arbeitern klar zu machen, daß es sich hier nicht um Dinge handelt, mit denen sich die Reichstagsabgeordneten rumplagen mögen, sondern daß es sich dabei um das Lebensinteresse jedes Einzelnen handelt.

Es wird allerhöchste Zeit, daß die deutsche Arbeiterklasse alle die Illusionen über eine politische und soziale „Neuorientierung“, die der Regierungsozialismus in ihr gezüchtet hat, davon jagt und sich nicht mehr mit Versprechungen abspeisen läßt. Das Schicksal des Preußenwahlrechts zeigt, was von solchen Versprechungen zu halten ist. Noch klingen uns die Worte der Regierungsvertreter in den Ohren, mit denen sie 1916 versicherten, daß die Erhöhung der Portofähigkeit nur eine ganz kurze und vorübergehende Erscheinung sein würden. Zwei Jahre später sollen diese Portoabgaben von neuem erhöht und damit der Verkehr um viele Millionen verteuert werden. Dabei hat man den Verkehr in diesen Tagen ohne Mitwirkung des Parlamentes durch Erhöhung der Eisenbahn- und Straßenbahntarife schon ungeheuer belastet.

Nicht zuletzt soll der Arbeiterklasse bei dieser Steuer-vorlage das ganze Elend des deutschen Verfassungsliebens zum Bewußtsein kommen. In keinem Lande der Welt herrscht eine solche Steueranarchie wie in Deutschland. Das Reich, die Bundesstaaten, die Gemeinden, sie alle wirtschaften nach verschiedenen Steuer-systemen und Steuergrund-sätzen. Allein das technische Kunterbunt dieses verworrenen Steuerapparates kostet jahraus jahrein an Arbeit, Personal usw. Riesensummen. Wenn das Reich den Steuerzahler in der Hauptsache auf indirektem Wege schröpft, zwackt ihm das engere Vaterland und die Gemeinde das Geld auf direktem Wege ab, wobei sie allerdings auch nicht ganz auf die indirekte Steuer-schraube verzichten. Die Verfassung des Deutschen Reiches entspricht vielleicht der historischen Situation vor 47 Jahren. Im Weltkrieg hat sich die bundesstaatliche Zerrissenheit schon in bezug auf die Volksernährung als unheilvoll erwiesen, die Steuernot macht sie überhaupt unhaltbar.

An der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Verfassungszustände sind aber zahlreiche dynastische, agrarische und kapitalistische Kreise interessiert, diese sind es auch, die das Reich immer und immer wieder auf den Weg der indirekten Besteuerung, d. h. zur Herabdrückung der Lebenshaltung der breiten werktätigen Massen drängen. Und wenn kürzlich ein Wortführer des Großkapitals, der Generaldirektor der Kruppwerke, Herr Eugen Berg, erklärte, daß seine Klassengenossen kein Interesse an der Erhaltung „des kostspieligen Apparates der Einzelstaaten“ hätten, falls Preußen ein wirklich freies Wahlrecht erhielte, so hat die Arbeiterklasse erst recht aus hundert anderen, schwerwiegenden Gründen kein

Interesse an der Beibehaltung dieses kostspieligen und ihre Entfaltung hemmenden Apparates.

### Auf dem richtigen Wege.

Unter dieser Ueberschrift hat Herr Scheidemann in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ einen aufgeregten Artikel veröffentlicht, in dem er die Sünden der Unabhängigen in ihrer ganzen Scheußlichkeit aufdeckt, um auf diesem dunklen Hintergrunde die politische Weisheit und die großen „Erfolge“ seiner Partei in desto hellerem Lichte erstrahlen zu lassen. Der Artikel ist so schön, daß wir uns vorbehalten, ihn in seinem vollen Inhalte unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Obwohl selbst gute Freunde und Befolgsmänner Scheidemanns zu der trüb-seligen Erkenntnis gekommen sind, daß die regierungsozialistische Politik vor einem Scherbenhügel stehe, ist Herr Scheidemann fest davon überzeugt, daß seine Politik allein kriegsverkürzend gewirkt und der Arbeiterschaft und dem Sozialismus Heil gebracht habe. Nur die verbohrtten Staatsmänner der Entente und deren Helfershelfer, die deutschen Unabhängigen, seien schuld daran, wenn der Regierungsozialismus neben seinen vielen glänzenden Erfolgen auch einige Mißerfolge zu buchen hat. „Von Tagesstimmungen dürfen wir uns nicht beeinflussen lassen“, sagt ausgerechnet Herr Scheidemann und versichert, daß er „auf dem richtigen Wege“ weiter wandeln werde. Derselbe Scheidemann, der vor Jahresfrist, unbeeinflusst von Tagesstimmungen, laut verkündet hat, daß der Frieden, den die Welt und der Sozialismus brauche, nicht durch die Schwertentscheidung herbeigeführt werden könne, und der heute, wiederum unbeeinflusst von Tagesstimmungen, den heißen Wunsch hat, daß die großen Siege im Westen den Frieden bringen, natürlich einen Frieden, wie er den Forderungen des Sozialismus entspricht, denn ein anderer kommt ja für einen grundsatztreuen Sozialisten wie Scheidemann nicht in Betracht. Erklärt er doch selbst, daß es eine Verfündigung am Sozialismus wäre, wenn seine Partei „den richtigen Weg“ verlassen würde.

Inzwischen geht die deutsche Regierung auch auf dem Wege weiter, den sie für den richtigen hält. Wir meinen mit Regierung nicht die Leute, die zufällig verantwortlich zeichnen, sondern die Kräfte und Kreise, die die Regie in den Händen haben. Von dieser Seite aus werden die Dinge im Osten Zug um Zug auf der Bahn weiter geschoben, die jedem vorurteilslosen Politiker klar war und die nur die ahnungslosen Scheidemannier nicht sehen wollten. Dort im Osten soll jetzt ein großes baltisches Reich, einschließlich Livland und Estland, geschaffen und unter die Regierung des Hauses Hohenzollern gestellt werden. Schon zur Zeit, als die Scheidemannier noch im vollen Rausche ihrer Juliresolution dahinlebten, existierten Publikationen, aus denen dieser Plan klar und deutlich hervorging, von anderen Vorzeichen ganz abgesehen. Sache der Geheim-diplomatie war es, diesen Plan in geschickten Schachzügen zur Durchführung zu bringen. Die Scheidemannier waren so vernarrt in die Diplomatenkunst eines Kühlmann und Czernin, daß sie nicht merkten, was gespielt wurde. Darum zogen sie auch mit Lakaien-eifer den dicken Trennungstrieb zwischen sich und den Bolschewiki.

Jetzt geht das politische Schachspiel im Osten seinem Ende entgegen, und wenn es auch, soweit Livland und Estland in Frage kommen, den Bestimmungen des Friedensvertrages zuwiderläuft, so kann sein Ausgang nicht zweifelhaft sein. Die Landesräte der baltischen Provinzen, d. h. die Wortführer der dünnen Oberschicht des deutschen bal-

tischen Adels und der deutschen Bourgeoisie, haben eine Deputation in das große Hauptquartier entsandt und dem Kaiser den Wunsch unterbreitet, die baltischen Provinzen en bloc dem deutschen Reiche einzuverleiben; der deutsche Kaiser soll gleichzeitig Herrscher des Baltischen Reiches werden. Der Reichszankler hat der baltischen Deputation Erfüllung ihrer Wünsche zugesagt. Und der Reichstag wird nach allen bisherigen Proben seines Mutes Ja und Amen dazu sagen. Was für politische Konsequenzen das nach sich ziehen, welche Rüstungslasten und Konfliktsmöglichkeiten dieses Vorgehen haben wird, kommt nicht in Betracht. Ebensovienig die Tatsache, daß den vielen Millionen Esten, Litauern, Letten, Polen usw., ohne gefragt zu werden, eine Staatszugehörigkeit aufzuzwängen wird, zu der sie nicht die mindeste Neigung haben. Annektiert wird im Osten nicht, beileibe nicht, nur der eigene brennende Wunsch der baltischen „Völker“ verschafft Deutschland, das nicht von Eroberungslust getrieben wird, eine stattliche Anzahl neuer Provinzen.

## Die preussische Scheinreform.

Von Heinrich Ströbel.

### 1. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

Am 30. April beginnt im Plenum des Abgeordnetenhauses die zweite Lesung der preussischen Wahlreform. Was diese Lesung bringen wird, läßt sich mit Sicherheit nicht voraussagen. Die Regierung rechnet, wie der Freisinn beteuert, mit der Wiederherstellung der Regierungsvorlage in Sachen des gleichen Wahlrechts, während die Rechte anscheinend die Annahme des von der Konstitution beschlossenen Pluralwahlrechts für wahrscheinlich hält. Sollte sich aber die Erwartung der Rechte erfüllen, so erwartet ein Teil des Zentrums für die dritte Lesung ein Kompromiß zwischen Zentrum und Konservativen einerseits und diesen Kompromißparteien und der Regierung andererseits. Der Freisinn dagegen hofft, daß die Regierung schon nach der Ablehnung des gleichen Wahlrechts in der zweiten Lesung das Haus auflösen und Neuwahlen ausschreiben werde.

Wir wollen uns nicht unter diese Propheten mischen, sondern einfach zeigen, wie die Wahlreform aussieht, mit der im einen wie im andern Falle das preussische Volk beglückt werden würde. Denn die Erkenntnis, daß es sich in jedem Falle um nichts als eine klägliche Scheinreform handeln würde, erscheint uns für die Erlämpfung einer wirklichen Wahlreform viel wichtiger, als alle Spekulationen darüber, ob und wie man die Massen mit dem Trugbilde des „gleichen“ Wahlrechts abspenken kann, ohne daß die Dauerherrschaft des Junkertums und der Großbourgeoisie, der Bürokratie und der Geistlichkeit auch nur im geringsten zu erschüttern.

Die Verfassungskommission hat mit 19 gegen 16 Stimmen das Pluralwahlrecht beschlossen. Und zwar soll je eine Zusatzstimme gewährt werden auf Grund des Lebensalters und der Kinderzahl, des Vermögens, des Einkommens, der „selbständigen Erwerbstätigkeit“, der Schulbildung, der Militär- und Beamtenzeit. Diejenigen Wähler, auf die sämtliche Voraussetzungen zutreffen, können also ein sechs- bis siebenfaches Wahlrecht ausüben.

Selbst die Regierung hat erklärt, nicht einmal, sondern wiederholt, daß dies Mehrstimmwahlrecht ein plutokratisches Wahlrecht sei, das dem Geldsack ein unerträgliches Vortrecht einräume. Das trifft selbst für die Zusatzstimmen für die Fünfzigjährigen zu, die obendrein noch drei über vierzehn Jahre alte eheliche Kinder besitzen müssen. Denn es ist eine ganz bekannte, durch die Statistik erwiesene Tatsache, daß die schwer arbeitenden Proletarier nur ein weit geringeres Durchschnittsalter erreichen als die Angehörigen der besitzenden Klasse. Zehntausende raffen als Jährlich allein Berufsunfälle hinweg, von der gewaltigen Sterblichkeit infolge der Tuberkulose und anderer Proletarierkrankheiten gar nicht zu reden. Ebenso verwerflich ist das Wahlprivileg nach der Kinderzahl. Für eine vernünftige Volksvermehrung sorgt man hundertmal besser durch eine energische Hebung der breiten Massen, durch vermehrte Jugendschutz, durch Verbesserung der Schulen, durch Verminderung der indirekten Steuern und durch Gewährung des Wahlrechts an alle Personen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben!

Dann sollen diejenigen eine Zusatzstimme erhalten, die mindestens 6000 Mark Vermögen besitzen. Nach den Berechnungen des Ministers des

Innern selbst würden von den 1 650 000 Wählern dieser Kategorie nur ein Zehntel auf die Sozialdemokratie entfallen, die doch ein Drittel aller Wähler umfaßt! Dasselbe Verhältnis ergibt sich für die Zusatzstimmen für ein Einkommen von 3000 Mark. So will man also durch künstliche Vermehrung der Stimmen der Besitzenden und künstliche Verminderung der Stimmen des Proletariats das Wahlergebnat verfälschen, um die reaktionäre Politik zum Schaden der breiten Massen fortsetzen zu können. Und genau die gleiche Tendenz liegt der Gewährung der Zusatzstimme für die Arbeitgeberbereitschaft zugrunde, die die Ausbeutung fremder Arbeitskraft mit mindestens doppeltem Stimmrecht belohnt.

Ein Geldsackprivileg ist auch die Zusatzstimme für die höhere Bildung, da die höhere Schulbildung ja nur den Bessersituierten zugänglich ist. Wenn aber künftig auch Personen mit zwölfjähriger militärischer Dienstzeit eine Pluralstimme gegeben werden soll, so ist das nichts anderes, als die fröhliche Wiederkehr des vielverhöhten Unteroffizierprivilegs, das schon in der Wahlrechtsvorlage von 1910 eine so abgeschmackte Rolle spielte.

Dies Pluralwahlrecht hat die Regierung bisher mit Entschiedenheit für völlig unannehmbar erklärt. Es ist also damit zu



## Feldpost.

Um unseren Freunden im Felde auch fernerhin die Möglichkeit zu geben, das Mitteilungsblatt weiter zu lesen, haben wir ein

### Feldpostabonnement

eingerrichtet. Wir senden gegen Einsendung von 1,30 M. pro Vierteljahr das Mitteilungsblatt unseren Genossen im Felde direkt zu.

Bestellungen sind zu richten an die Expedition des Mitteilungsblattes Richard Herdt, Schilderstraße 5.

Adressenänderungen bitten wir umgehend an uns gelangen zu lassen.



rechnen, daß es bei dem „gleichen“ Wahlrecht bleibt. Erhält aber dadurch die Vorlage eine wesentlich besseres Aussehen? Keineswegs! Denn erstens wird die politische Wirksamkeit des Abgeordnetenhauses durch das in seinen Machtbefugnissen erweiterte Herrenhaus und durch neue Vortrechte der Krone wieder vollends lahmgelegt, und zweitens enthalten auch die Wahlrechtsbestimmungen für das Abgeordnetenhaus selbst so viel Beschränkungen des gleichen Wahlrechts, daß die ganze Reform schließlich nur auf eine plumpe Täuschung der Volksmassen hinausläuft.

Schon der § 1 der Vorlage betr. das Abgeordnetenhaus ist kennzeichnend für den durchsichtig reaktionären Charakter der traurigen Scheinreform. Enthält er doch die ärgsten Verschlechterungen des bestehenden Zustandes, so grobe und unerblickliche Verschlechterungen, daß auch der Gutgläubigste begreifen muß, daß die Absicht obwaltet, einen erheblichen Bruchteil der Minderbemittelten des Wahlrechts zu berauben. Da wird gefordert, daß das Alter für die Wahlberechtigung um ein Jahr erhöht, von 24 auf 25 Jahre heraufgesetzt werden soll. Dadurch werden mehr als 400 000 bisher wahlberechtigte Preußen des Wahlrechts verlustig erklärt! In jedem Wahljahr sind es natürlich andere Wähler, aber jedesmal bleibt fast eine halbe Million Männer zwischen 24 und 25 Jahren vom Wahlrecht ausgeschlossen. Und mit bewußt reaktionärer Absicht, da man weiß, daß gerade das jugendliche Mannesalter eine besondere Empfänglichkeit für die Ideen des sozialen Fortschritts besitzt.

Eine weitere Verschlechterung sogar des gegenwärtigen Zustandes bringt der § 1 durch die Bindung des Wahlrechts an eine dreijährige Staatszugehörigkeit. Auch diese Bestimmung trifft bewußtmaßen die Besessenen. Denn da Preußen der größte und entwicklungsfähigste deutsche Industriestaat ist, sind es in erster Linie

Arbeiter, die nach Preußen einwandern. Und diese Arbeiter sollen erst mindestens drei Jahre, eventuell gar acht Jahre lang die preussischen Unternehmer bereichern, sollen drei bis acht Jahre lang jeder Art der Besteuerung unentworfen sein, bevor sie einmal ihr Wahlrecht ausüben dürfen!

Die Herabdrückung der Arbeiter zu Bürgern minderen Ranges offenbart sich in der ferneren Bestimmung des § 1, daß nur derjenige das Wahlrecht ausüben darf, der seit einem Jahre in der Gemeinde, beziehungsweise, wenn die Gemeinde in mehrere Wahlbezirke zerlegt ist, in dem Wahlbezirke wohnt. Daß das in erster Linie eine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter ist, ergibt die einfachste Überlegung. Denn wen trifft sie? Etwa die Rittergutsbesitzer oder Bauern? Oder die Industriellen und Geschäftsleute? Oder die Handwerksmeister und Hausbesitzer? Nein: alle Besitzenden, die im warmen Neste sitzen, werden von dieser Bestimmung nicht getroffen. Dagegen verlieren zahllose Arbeiter ihr Wahlrecht, die auf der Suche nach Arbeitsgelegenheit ihren Wohnsitz verändern, ja nur ihre Wohnung aus einem Stadtviertel oder Vorort nach dem andern verlegen mußten. Wer aus Berlin N. nach Berlin O. verzieht oder von Neukölln nach Schöneberg, geht seines Wahlrechts verlustig, sobald sein Umzug in das Wahljahr fällt. In der krassen Ungerechtigkeit dieser Bestimmung wird dadurch auch nicht das geringste geändert, daß sie bei der erstmaligen Wahl für Kriegsteilnehmer nicht gelten soll. Denn bei der zweiten und jeder folgenden Wahl werden auch die Kriegsteilnehmer, die Verwundeten und Kriegsinvaliden genau so die schönen Bestimmungen des § 1 zu spüren bekommen wie alle übrigen Proletarier.

Ein wahrer Hohn auf das gleiche Wahlrecht aber ist, daß die empörend ungleichartige und ungerechte Wahlkreiseinteilung so gut wie unverändert bleiben soll!

Die heutige Wahlkreiseinteilung stammt aus dem Jahre 1800, ist also 58 Jahre alt. In dieser Zeit hat sich die Bevölkerung der Großstädte und Industriebezirke ungeheuer vermehrt, während sie in den vorwiegend agrarischen Landesteilen fast unverändert geblieben ist. Die Bevölkerung der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen zum Beispiel hat sich mehr als verdoppelt, während Ostpreußen nur um 12 Prozent, Pommern nur um 16 Prozent an Bevölkerung zugenommen hat. So ist es denn gekommen, daß zwölfsechshalb Millionen Preußen, die vorwiegend im Osten wohnen, 222 Abgeordnete wählen können, während die übrigen mehr als doppelt so zahlreichen Preußen sich mit 221 Abgeordneten begnügen mußten. In den zwanzig größten preussischen Wahlkreisen entfielen mehr als 53 000 Wähler auf je einen Abgeordneten, während in den zwanzig kleinsten Wahlkreisen auf je 8300 Wähler ein Abgeordneter kam!

Und was soll nun an dieser himmelschreienden Entrechtung der großstädtischen Wähler, der Industriearbeiter, geändert werden?

Zwölf Wahlbezirke sollen je einen Abgeordneten mehr erhalten, das ist die ganze Gerechtigkeit! Auch soll künftig nur dann ein Wahlbezirk Anrecht auf einen Abgeordneten mehr erhalten, wenn er die Zahl von 250 000 Einwohnern überschreitet. Während also mehrere hundert überwiegend ländliche, reaktionär vertretene Wahlkreise nach wie vor schon für weniger als 100 000 (häufig schon für 50 und 60 000) Einwohner einen Abgeordneten wählen können, bleibt für die Großstädte und Industriebezirke die Norm, daß erst auf 250 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt!

Und dieser Zustand, der das „gleiche“ Wahlrecht zu einer Farce macht, soll verewigt werden. Der § 24 Absatz 2 soll nämlich folgende Fassung erhalten:

„Die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Verteilung der Abgeordneten auf die Wahlbezirke erfolgen unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl und der Flächenausdehnung, sowie der geschichtlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der Wahlbezirke.“

Und damit diese skandalöse Wahlkreiseinteilung künftig ja nicht einmal geändert werden kann, wollen die reaktionären Parteien in das Wahlgesetz auch noch die Bestimmung hineinbringen, daß Verfassungsänderungen nur noch mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden können! Und wenn die Absichten des Zentrums verwirklicht werden, sollen auch durchgreifende Veränderungen unseres Schul- und Kirchenwesens künftig nur mit

Zweidrittelmehrheit zum Beschluß erhoben werden können!

Die Konservativen haben diesen Wünschen des Zentrums bisher nur deshalb ihre Zustimmung versagt, um ihm das gleiche Wahlrecht völlig zu verweigern. Kommt es aber zu einem Kompromiß zwischen Mehrheit und Regierung, so werden diese verfassungsmäßigen „Sicherungen“ natürlich angenommen. Das „gleiche“ Wahlrecht ist dann vollends zum Popanz geworden, mit dem man nur politischen Kindern ein Vergnügen machen kann!

### Schusterle.

Die anlässlich des letzten deutschen Massenstreiks dem Spießbürgertum vorgelegten Behauptungen ausländischer Einwirkung und Geldunterstützungen, Behauptungen, deren Abwägung mit ihrer Niederträchtigkeit weitestgehend, hat auf Volkseigentümer mit schiefer Grundungsgröße befruchtend gewirkt. Der konservativen Presse, „Tägliche Rundschau“, „Post“ usw. wurde „von beachtenswerter Seite“ eine „Anleitung zur Verteilung von Flugblättern“ zur Veröffentlichung übergeben, die im neutralen Zustand „aufgehoben“ sein soll.

Das Nachwort weist nicht weniger als 14 Paragraphen auf. Aber lassen wir es lieber im Wortlaut selber wirken, als Zeichen unserer „großen Zeit“ und Dokument ihres niedrigen Polizeigeistes:

1. Man benutzt die Flugblätter als mehrfaches Einwickelpapier für Brot und sonstige Schwaben. Hat man in der Bahn, in einer Werkstatt oder an einem anderen Orte Soldaten oder Arbeiter vor sich, so sucht man mit den Leuten Fühlung zu bekommen und spricht durchaus deutsch freundlich. Schließlich wickelt man das Brot usw. aus und legt das Papier anscheinend achsellos beiseite. Nach einer Weile greift man unauffällig nach dem Papier, liest es zuerst für sich, stellt sich sehr erstaunt und weist dann auf den Inhalt des Einwickelpapiers hin. Danach ist baldige Entfernung das Beste.

2. Man sucht in jeder Stadt die Adressen von besseren Arbeitern, ihren Freunden und Verwandten aus und läßt ihnen die Flugblätter durch die Post zugehen (geschlossener Brief) oder werfe sie in die Briefkästen.

3. Ebenso sucht man die Frauen gefälliger Arbeiter in Erfahrung zu bringen und läßt ihnen die Drucksachen zugehen. Solche Frauen können manchmal zur Verbreitung viel beitragen.

4. Man mache sich an die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Kriegsinindustrie beschäftigt sind, heran und versuche, ihre Gespräche zu erfassen. Ist diese Gesinnung ehrlich oppositio-nell, so versuche man, ihnen die Flugblätter zur Verbreitung in ihrem Betriebe mitzugeben. Nie vertraue man sich nach kurzer Bekanntschaft an!

5. An Uraubler, die wieder an die Front gehen, macht man zweckmäßige Geschenke: Zigaretten, Pfeifen, Tabak usw. und wickelt diese Gegenstände in die Flugblätter ein. Auch kann man dabei kleine Mengen Flugblätter, die sich nicht zum Einwickeln eignen, dazugeben. Bei dem Befehdsbedürfnis der Soldaten wird sicher alles gelesen.

6. In der Bahn, in Restaurants und an allen Orten, wo Arbeiter und Soldaten verkehren, lasse man unauffällig einige Flugblätter zurück.

7. Man halte sich genau an die Ratschläge des deutschen Vertrauensmannes, und bespreche alle Unternehmungen erst mit ihm. Wo kein Vertrauensmann zu finden ist, wende man sich an die Vertrauensleute der unabhängigen sozialdemokratischen Partei!

8. Wichtig ist, unter den Soldaten Vertrauensleute zu werben und anzuleiten. Dies gelingt bei Uraubern, die schon Sozialdemokraten sind, ziemlich leicht. Durch den ersten Vertrauensmann kann man dann vielfach noch einen zweiten und dritten heranziehen.

9. Wie trage man eine größere Anzahl von Flugblättern bei sich, und man Sorge immer dafür, daß man bei unvorhergesehenen Fällen gegen die Polizei gedeckt ist. Es ist also gut, die Flugblätter immer so zu tragen, daß man für deren Besitz eine entschuldigende Ausrede hat.

10. Bei politischen Versammlungen spreche man einer möglichst großen Anzahl Personen Flugblätter in die Hand.

11. Es ist alles so organisiert, daß die Tätigkeit eines jeden Vertrauensmannes von uns direkt überwacht wird. Nur wer seine Pflicht getan hat, erhält die vereinbarte Summe ausbezahlt.

12. Bei dieser Organisation ist es auch sicher, daß den Verräter die sichere Vergeltung trifft. Jeder Vertrauensmann steht unter dauernder persönlicher Überwachung.

13. Diese Anleitung ist öfters durchzulesen und dann an den Vertrauensmann zurückzugeben.

14. Vorsicht ist die Mutter der Weisheit!

Der an Verfolgungswahn sinn leidende Verfasser dieses Nachwortes stellt sich in erster Reihe in den Dienst der von dem ganzen bürgerlich-regierungs-sozialistischen Künzler verübten Unabwägigen-Schelte. Er stellt aber zugleich der „Einheit der inneren Front“ ein seltsames Zeugnis aus, wenn er

gläubt, sie durch solche plumpe Manöver fügen zu müssen. Die reaktionäre Presse muß sich natürlich so dumm stellen, als gläubte sie an die Echtheit dieses polizeilichen Kleinberauschtes. Die „Tägliche Rundschau“ z. B. fügt hinzu:

„Es ist daher vaterländische Pflicht jedes einzelnen von uns, auch seinerseits die Behörden bei Verhinderung und Verfolgung strafbarer Schriften Verteilung mit allen Kräften zu unterstützen und etwaige Wahrnehmungen den Polizeibehörden oder Polizeibeamten sofort mitzuteilen, um durch Festnahme der Verbreiter von verheerend wirkenden Flugblättern, der feindlichen Agenten usw. der Aufwiegeltätigkeit unserer Gegner wirksam entgegenzuarbeiten“.

Und in dieselbe Kerbe haut der „Vorwärts“. Er tut zwar so, als würden auch die Seinen unter den Missetätigen vermutet, was ihm kein Mensch glaubt. In diesem Zweck hält er sich wohl an Nr. 3 der Spitzelarbeit, wo von Uraubern, die schon Sozialdemokraten sind, die Rede ist. Dann aber redet auch der „Vorwärts“ seine teutonische Männerbrust und verlangt gleich den bürgerlichen Reaktionsären:

„Wer trotzdem an die Möglichkeit solcher Zusammenhänge glaubt, hat sicherlich die Pflicht die Behörden vertraulich auf sie aufmerksam zu machen, damit den Spuren bis zu ihrer vollständigen Aufdeckung nachgegangen werden kann“.

Dem Staatsanwalts-Genie, das hier im „Vorwärts“ sein Wesen treibt, genügt also schon die Möglichkeit solcher Zusammenhänge, wie sie der Spitzel aus seinen Fingern gezogen hat, um Jedermann, besonders natürlich die „Vorwärts-Leser“ zu „vertraulichen“ Denunziationen — auf bloße Vermutung hin — zu verpflichten: Regierungssozialisten in ihrer Würde als Regierungs-Polizisten!

### „Sie bleibt eine Kriegspartei...“

Die deutschen Mehrheitssozialisten versuchen so gern die Verantwortlichkeit für die Kriegspolitik von sich abzuweihen. Am beliebtesten ist dabei das Schlagwort, daß sie die Kriegskredite nicht der Regierung, sondern dem Volk bewilligen. Ueberall, wo man sich noch einen offenen Sinn für die Verwertung von Taten und Worten bewahrt hat, verlangen solche Phrasen natürlich nicht. So schreibt „Der Volk“ im Anschluß an den Bericht über die letzte Kreditbewilligung im Reichstag, nachdem es den guten Willen der deutschen Regierung, mit Belgien zu einer Verständigung zu gelangen, ironisiert und mit der „Verständigung“ im Osten verglichen hat:

„Die Worte, die von den Machthabern gesprochen und Tag für Tag durch ihre Taten verleugnet und kraftlos gemacht sind, genügen, um die politische Unterstützung durch die Sozialdemokratie zu verurteilen. Sie (die Mehrheitspartei) denkt nicht daran ihre Mitwirkung einer Kriegsführung zu entziehen, die sie, selbst nach dem jetzt geschlossenen Frieden vor Brest-Litowsk, noch immer als einen Krieg zur Verteidigung des deutschen Volksbestandes auszugeben wagt. Auch nach diesem Frieden, der von ihren eigenen Vertretern mehrfach als eine Vergeßlichkeit der geschlagenen Gegner gekennzeichnet wurde, bewilligt sie die Mittel zur Fortsetzung und eskaliert damit die Regierung. Sie bleibt eine Kriegspartei und mitschuldig an den imperialistischen Kriegsplänen.“

„Der Volk“ sagt dann noch, daß wiederum nur in der Erklärung der Unabhängigen Sozialdemokratie, die vom Genossen Bernstein verlesen wurde, die Stimme des Sozialismus zu hören war. Die Kritik der Mehrheitspolitik ist scharf, aber sie trifft den Nagel auf den Kopf. Ein Ausweichen gibt es hier nicht. Die Kreditbewilligung bedeutet weit mehr als die Regierungsozialisten wahr haben wollen. Sie kennzeichnet die Reden der David und Scheidemann im Reichstag als das, was sie in Wahrheit sind, als leere Deklamationen.

### Die Stellung der U. S. D. zur Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat dadurch, daß sie sich politisch als Helfershelferin der Regierungspolitik betätigt, eine starke Mißstimmung in Gewerkschaftskreisen hervorgerufen.

Vielmehr wird darüber geklagt, daß Gewerkschaftsführer selbstherrlich auftreten und die Selbstständigkeit der Mitglieder mißachten.

Die dadurch erzeugte Unzufriedenheit der Mitglieder darf aber nicht dazu führen, den Gewerkschaften den Rücken zu kehren und neue Gewerkschaften zu bilden. Die Mitglieder haben vielmehr innerhalb der bestehenden Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften auf eine gesunde Grundlage gestellt und mit sozialistischem Geist erfüllt werden.

Die Zentralkommission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Berlin, 16. 4. 1918.

Dieser Erklärung wird man nur zustimmen können, drückt sie doch aus, was auch wir in unserem

Blatt wiederholt zum Ausdruck gebracht haben. Der von der Generalkommission abhängige Gewerkschaftsredakteur des „Vorwärts“, Herr Wissel, begleitet den Aufruf der Zentralkommission mit einigen beachtenswerten Glossen. Er schreibt, der Aufruf stehe auf einer gewissen Grundierung. Es sei uns die Luft vergangen, nach den Niederlagen auf politischem Gebiete, bei den Gewerkschaften das gleiche Experiment zu wiederholen, wie in der politischen Organisation. Innerhalb der Gewerkschaften Kritik zu üben und auf Änderungen zu dringen, stände den Gewerkschaftsmitgliedern frei.

Wie gnädig Spaltungstendenzen seien Unfug und ein Unglück, man müsse aber darauf ein wachsames Auge haben.

Wäre nach der in dem Aufruf entwickelten Doktrin auch in der politischen Organisation verfahren worden, wären die schweren Schädigungen der Spaltung vermieden worden. Wie väterlich das klingt!

In der politischen Organisation handelte es sich darum, das Klasseninteresse des Proletariats im politischen Kampfe nach wie vor in einer Politik zum Ausdruck zu bringen, die einer klaren entschiedenen sozialdemokratischen Auffassung entspricht. Mit dem Augenblick, da eine wirklich sozialistische Politik verlassen wurde, mußten alle wirklichen Sozialdemokraten zusammengehen und diejenigen allein lassen und sogar bekämpfen, die Nationalisten und Imperialisten geworden sind und eine Politik verfolgen, die sich an die der herrschenden Klassen anlehnt und mit ihnen Hand in Hand arbeitet. In den Gewerkschaften sucht die Generalkommission die gleiche Versöhnungstendenz geltend zu machen und ihr mit Hilfe vieler Gewerkschaftsleitungen den Charakter der Hirtensunderischen Gewerkschaften zu geben. Dadurch aber werden die freien Gewerkschaften ihrer eigentlichen Aufgabe als Kampforganisationen entzogen, zu reinen Unterhaltungsorganisationen herabgewürdigt und einer Politik dienlich gemacht, die sich eingliedert in den heutigen Staat, und der doch nur ein Klassenstaat sein kann. Gegen diese Verformung der Gewerkschaften Front zu machen und für Demokratisierung derselben zu wirken, ist die Aufgabe der Gewerkschaftsmitglieder. Den Kampfsgeist zu heben, die Mitglieder mit sozialistischem Geist, mit Klassenbewußtsein zu erfüllen, ist eine notwendige Aufgabe. Diese Aufgabe zu lösen, ist nur in den Organisationen selbst möglich. Geviß haben viele Gewerkschaften heute noch Einrichtungen, die den Mitgliedern das Bestimmungsrecht beschränken und den Vorständen große Machtvollkommenheiten einräumen. Aber hiergegen den Kampf aufzunehmen, ist wichtiger und auch mutiger, als diesem Kampfe sich durch Austritt zu entziehen.

Sind die Mitglieder in den Gewerkschaften auf dem Posten, so muß es gelingen, einen größeren Einfluß auf die gesamte Gewerkschaftspolitik zu erlangen und eine Führung zu erreichen, die den proletarischen Interessen auch voll und ganz gerecht wird. Zähigkeit und Ausdauer muß auch hier zum Ziele führen, sind es doch die Arbeiter selber, die erst die Organisation ausmachen.

### Karl Marx zum Gedächtnis.

Am 5. Mai dieses Jahres jährt sich zum 100. Male der Tag, an dem der Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus und Hero der proletarischen Internationale das Licht der Welt erblickte. Ueberall, wo Herzen für die sozialistische Heilsbotschaft schlagen, wird dieser Tag Beachtung finden. Auch die zur Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands haltende Arbeiterschaft Groß-Verlins wird sich der Bedeutung eines Karl Marx an diesem Tage mehr denn sonst bewußt werden.

Aus Gründen, die mit der Lokalfrage zusammenhängen, kann die Arbeiterschaft Groß-Verlins ihre Marx-Gedächtnisfeier erst am Mittwoch, den 8. Mai, abhalten. Da ein großer, mehrere Tausend fassender Saal zurzeit nicht zur Verfügung steht, wird die Feier auf drei Lokale verteilt werden.

Die Feier, die, den Zeitverhältnissen entsprechend, nur in einem bescheidenen Rahmen vor sich gehen kann, wird neben dem Festvortrag Gesang der Arbeiterfänger und Rezitationen und Dichtungen bringen, die der Bedeutung des Tages angepaßt sind. Als Festredner sind gewonnen worden die Genossen Karl Kautsky und Eduard Bernstein, die beide noch in persönlichen Beziehungen zu dem lebenden Karl Marx gestanden haben, sowie der Genosse Reichstagsabgeordneter Emanuel Wurm.

Von den Parteigenossen und Parteigenossinnen wird erwartet, daß sie schon jetzt eine rege Werbetätigkeit für diese Gedächtnisfeier entfalten. Nicht

allein um der Feier an sich willen, sondern um dem Gedanken des internationalen Sozialismus an diesem Tage besonderen Nachdruck zu verleihen.  
Karten für die Feier sind schon jetzt im Büro des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins, in den Büros der Wahlvereine des 4. und 6. Kreises, von Niederbarnim und des Ortsvereins Neukölln sowie bei allen Funktionären der Wahlkreisorganisationen zu haben. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfennig.

### Aus der Zeit.

**Pastorale Windvieh-Verse.** Ein Pastor Sommerfeldt in Trittau veröffentlicht im vorliegenden Tageblatt ein Gedicht gegen den Frieden, in dem es heißt:

Wir wollen Frieden, Frieden,  
Der Michel weint und lacht,  
Ein'n rechten Verständigungsfrieden;  
Ich weiß wohl, wie man's macht.  
Wir stellen uns wie die Kühe hin  
Und lassen uns die Guter zieh'n,  
Deutschland ist viel zu groß, zu groß, zu groß,  
Man muß es nur versieh'n.  
Ja! Siegen und dann Frieden!  
Der Hindenburg trumpsit auf.  
Mag's brechen oder biegen,  
So ist es deutscher Brauch.  
Wir stellen uns mit den Hörnern hin  
Und stoßen in die Flanken ein  
Deutschland ist viel zu groß, zu groß, zu groß,  
Man muß es nur versieh'n:  
Verständigung gibt's nur eine,  
Sieg oder untergeh'n!

Für einen Verkünder der christlichen Nächstenliebe ist das eine respektable Leistung. Das Christentum des Herrn Pastors steht auf gleicher Höhe wie seine Heimkunft.

### Aus den Organisationen.

**1. Kreis.** Wegen der am 8. Mai stattfindenden Märzfeier wird der Jahlabend des Kreises schon am ersten Mittwoch des Monats, den 1. Mai, abgehalten und zwar bei Schultheß, Rollenmarkt 7, Ecke Giergasse. Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr.

In Rücksicht auf die Wichtigkeit dieses Jahlabends wird um das pünktliche und zahlreichste Erscheinen der Genossen und Genossinnen geboten. Der Vorstand.

**1. Berliner Reichstagswahlkreis.** In der am 10. April abgehaltenen Generalversammlung des Kreises erstattete Genosse Bittermann den Vorstands- sowie auch Kassenbericht.

In seiner Einleitung gedachte er in warmen Worten des Andenkens der verstorbenen Vorsitzenden, der Genossin E. Thiele, und gab in längerer Ausführungen ein Bild von den agitatorischen Arbeiten des Vorstandes zur Hebung des Mitgliederbestandes, sowie von den Bestrebungen desselben, die Mitglieder im Sinne des wahren internationalen Sozialismus aufzuklären, dieselben zu aufrechten Kämpfern für dessen hohe Ideale zu erziehen.

Er wies auch auf die kommenden schweren Kämpfe der Arbeiterschaft gegen die inneren und äußeren Feinde hin und gab der berechtigten Hoffnung Ausdruck, daß es dem Regierungssozialismus nicht gelingen wird, eine Erdrosselung der Organisation gerade im 1. Berliner Wahlkreise zu erreichen, trotz seiner geographischen Struktur und obwohl die meisten Mitglieder außerhalb des Kreises wohnen.

Zum Kassenbericht bemerkte er, daß derselbe, trotzdem er bei Übernahme der Geschäfte nur 2,82 Mk. betrug und noch viele Ausgaben für agitatorische Zwecke verursachte, einen erfreulichen Stand erreicht hat.

Durch eine intensive Mitwirkung der Bezirksführer bei Einkassierung der Beiträge wird bei kommenden Kämpfen der Kreis allen finanziellen Forderungen gerecht werden können.

In der dem Berichte folgenden Diskussion gaben sämtliche Redner ihre Zustimmung über die Arbeiten des Vorstandes Ausdruck und gaben für die hohen Ideale des wahren internationalen Sozialismus zu kämpfen, und für deren Verbreitung unter den uns noch Fernstehenden zu wirken.

Bei Punkt „Wahlen des Vorstandes“ wurden Genossen Rader als 1., Langner als 2. Vorsitzender, Bittermann und Höppler als Kassierer, Boywode und Radnik als Schriftführer, Stöning, Böllerting und Radnik als Revisoren, in die Preklommission die Gen. Ludwig, Schiedsgerichtskommission Schick gewählt. — Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten sowie der Aufforderung, in Zukunft weiter lebhaft in allen Arbeiten den Vorstand zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

**2. Wahlkreis.** Abt. 1. Am Sonntag, den 6. Mai, findet ein Familienausflug unserer Mitglieder statt nach Friedrichshagen — Rahnsdorf.

Treffpunkt mittags 1 1/2 Uhr am Bahnhof Friedrichshagen, unten an der Uhr.  
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht

### Das Komitee.

**Seltow - Veeshow - Storkow.** Am Mittwoch, den 1. Mai, abends 7 1/2 Uhr pünktlich, findet im Lokal „Schwarzer Adler“, Schöneberg, Hauptstr. 144, für die Mitglieder der Ortsvereine Schöneberg, Wilmersdorf, Friedenau, Steglitz und Lichterfelde ein Familienabend statt. Mitwirkende: Der Schöneberger Frauenchor; künstlerische, musikalische und deklamatorische Kräfte. — Eintritt frei. Eingeführte Gäste willkommen!

**Lichtenberg.** Wir machen nochmals auf unsere am 1. Mai, abends 7 Uhr, stattfindende Frühlingssfeier aufmerksam. Dieselbe findet im Lokal von Tempel, Café Bellevue, statt. Einen anregenden und unterhaltenden Abend versprechend, erwarten wir recht zahlreichen Besuch

nicht nur der Dichtberger, sondern auch der Stralauer Genossen und Genossinnen.

**Stralau.** Am Sonntag, den 26. April 1918, nachmittags 2 Uhr, findet bei Otto Steinick, Alt-Stralau 6, eine Mitglieder-Versammlung statt, in der Genosse Breitscheid über: „Das sozialdemokratische Programm und die Regierungssozialisten“ spricht. Diese Versammlung zu besuchen, ist jedem Mitgliede möglich, und erwartet deshalb vollständiges Erscheinen.  
Die Bezirksleitung.

**Röpenitz.** Die für den 1. Mai angeordnete Mitglieder-Versammlung findet nicht statt. Dagegen laden wir die Mitglieder nebst Angehörigen und Freunde zu dem am Sonnabend, den 4. Mai, abends 7 Uhr, in demselben Lokal, „Scheer's Wilhelmsgarten“, Köln. Platz, arrangierten Frühlingssfest, verbunden mit Gesang, Vorträgen und geselligem Beisammensein, freundlichst ein und erwarten allseitige zahlreiche Beteiligung. Eintrittskarten sind bei den Bezirksführern zu haben.  
Der Vorstand.

### Vereins-Veranstaltungen.

#### Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 28. April, vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neukölln, „Idealcasino“, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 43 bei D. Pamp; „Freireligiöse Besetzung“. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurterstr. 6; Vortrag von Herrn Emil Eichhorn: „Religiöser Skeptizismus im Mittelalter.“ — Gäste willkommen.

Nachmittags 5 Uhr in der Brauerei Pagenhofer, Lurmsstraße 25/26; 78. Stiftungsfest.

**Hermisdorf.** Der Bezirk „Baidmannslust und Umgegend“ veranstaltet am Sonntag, den 5. Mai, nachmittags 4 Uhr, einen „Lenten Abend“, verbunden mit einer Ansprache und gemüthlichem Beisammensein, im Restaurant „Lindengarten“ in Hermisdorf, Berlinerstraße. Eintrittskarten a 70 Pfg. sind in der Consum-Verkaufsstelle zu haben.

### 6. Wahlkreis.

Die Genossinnen und Genossen des 6. Kreises veranstalten am 1. Mai einen

#### Ausflug nach Schulzendorf.

Abfahrt vom Bahnhof Gesundbrunnen 1.2 Uhr bis Ziegel. Von da gemeinschaftlicher Spaziergang nach Schulzendorf, Treffpunkt Restaurant Peyer. Nachzügler können diezüge 3.00, 3.24, 4.23 und 5.01 Uhr benutzen.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Unserem lieben Genossen

#### Hermann Brederick und Frau

zu ihrer am 23. April stattgefundenen

#### Silbernen Hochzeit

unsere herzlichsten Glückwünsche.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederbarnim.  
Bezirkswahlverein Lichtenberg. 5. Viertel

### Nachruf.

#### 6. Wahlkreis.

Am 6. April verstarb unser Genosse, der Metallarbeiter

#### Hermann Dehmel

Zwinglstr. 89, 13. Abt., Bez. 688.

#### Wahlverein Neukölln.

Im Februar verstarb unser Genosse

#### Paul Gantsch

Routersstr. 4.

Am 15. März verstarb unser Genosse, der Metallarbeiter

#### Julius Hamann

Münchener Straße 89, 23. Bez.

Am 16. April verstarb plötzlich unser langjähriger Genosse

#### Paul Haack

Dergbergstr. 22, 10. Bez.

**Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.**  
Bezirk Pankow.

Am 17. April verstarb unser langjähriger Genosse, der Zigarrenfabrikant

#### Albert Janicke

Pankow, Mühlenstraße 88.

#### Bezirk Weissensee.

Am 11. April verstarb unser langjähriges Mitglied, der Sipsarbeiter

#### Max Anders

Bezirk 4, Gruppe 81.

#### Bezirk Reinickendorf-Ost.

Am 19. April 1918 verstarb nach kurzem, schweren Leiden unser langjähriges Mitglied, der 59 Jahre alte Tischler

#### Rudolf Stolzenburg

Justusstr. 54.

Ehre seinem Andenken!

### Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin. Sebastianstr. 87-88.

Am Montag, den 29. April cr., abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4, eine

### Versammlung

#### der Herrenmag- und Militärschneider

statt.

#### Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern wegen der Feuerungszulage und der Nähzutaten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Allen Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann

#### Carl Rüche

an den Folgen seiner im Felde erhaltenen Verwundung nach langem, schweren Leiden am 1. 4. 18 in einem Lazarett verstorben ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Martha Rüche.

Gesangverein „Freier Männerchor Wilhelmsruh“. Mitglied d. D. A. S. B. (Gau Berlin u. Umg.)

### Nachruf!

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 4. April unser lieber Sangesbruder

#### Richard Schramm.

Er war der Besten einer!

Der Vorstand.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsjahauptag gefallenen Genossen!

#### 3. Wahlkreis.

Am 8. April ist unser Genosse

#### Wilhelm Perdy

Brinzenstr. 68, 8. Abt., Bez. 236,

gefallen.

#### 6. Wahlkreis.

Am 21. März fiel durch Brustschuß unser Genosse, der 36 Jahre alte Schlosser

#### Erich Müller

Bernauer Str. 38, 9. Abt., Bez. 585a.

Am 30. März fiel durch Kopfschuß unser Genosse, der 29 Jahre alte Rotenstecher

#### Kurt Sachmann

Schliemannstr. 5, 4. Abt., Bez. 559.

#### Wahlverein Niederschöneweide.

Am 22. März fiel als Opfer des Weltkrieges unser junger Genosse, der Fabrikarbeiter

#### Richard Schönberg

geb. 8. 11. 94.

#### Wahlverein Tempelhof.

Als Opfer des Weltkrieges erlag am 8. April einer schweren Schädelsverwundung der Schneider

#### Robert Gottwaldt

Rantensuffstr. 57a.

**Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.**  
Bezirk Lichtenberg.

Als weiteres Opfer des Weltkrieges fiel in den letzten Kämpfen unser Genosse

#### Max Schwenn

Riemsbildstr. 5, 5. Viertel, 17. Abt., 77. Gruppe.

#### Bezirk Stralau.

Am 17. April starb im fast vollendeten 46. Lebensjahre in einem Lazarett an Lungenentzündung unser Genosse

#### Friedrich Manz.

Bezirk Rosenthal.

Am 4. April fiel bei den letzten Kämpfen unser Genosse, der Tischler

#### Richard Schramm

Marthastr. 8.

#### Bezirk Pankow.

Am 21. April 1918 verstarb unser langjähriger Parteigenosse an den Folgen einer im Felde erhaltenen Verwundung

#### Theodor Jenzelmann

Pankow, Gailardstr. 17.

Ehre ihrem Andenken!

## Zum 1. Mai.

Wir grüßen dich, du Tag des Maien;  
ob auch die Kriegesfadel loht,  
du kündest uns das Morgenrot:  
Symbol des Starken, Schönen, Freien.

Dein Wehen wird auf's neu' uns Trost verleihen,  
nach dem wir hungern, wie nach gutem Brot.  
In dieser Zeit der Qual und Not,  
soll uns nicht Haggesang den Tag entweihen.

Erweck' auf's neu' den Mut, den alten,  
der in den Wern schon so oft gesprüht;  
zu neuem Mut laß alte Treue walten.

Der Hoffnung Sonne, die urewig glüht,  
verjagt die Wolken, die sich finster ballten;  
daß nach dem Sturm uns neues Leben blüht.

Otto Meier.

## Berliner Stadiverordneten-Wahlen.

Mit Kriegseintritt wurden den Gemeinden zahllose neue Aufgaben zur Ausführung überwiesen. Für die vielen Beschlüsse des Bundesrats zur Durchführung der Kriegswirtschaft bildeten in letzter Linie die Gemeinden die ausführenden Organe, wenn sie auch dabei nicht allzuviel zu sagen hatten. Soweit aber die Gemeinde ein Bestimmungsrecht hatte, zeigte sich die Notwendigkeit einer kräftigen Arbeitervertretung in den Rathhäusern zur Evidenz. Zu den Reichsunterstützungen der Kriegerfamilien hatten die Gemeinden Zuschläge zu leisten. Und wenn speziell in Berlin die Zuschläge im Vergleich zu vielen anderen Gemeinden höhere sind, so haben nicht zuletzt die sozialdemokratischen Vertreter daran einen starken Anteil. Um die Frage der sogenannten Bedürftigkeit wurden lebhaft Debatten geführt und mancher heftige Angriff gegen engherzige Stadträte mußte von uns erhoben werden mit dem Erfolg, daß auf dem Gebiete des Unterstützungswesens eine etwas weitherzigere Auslegung Platz griff. Das gilt auch für die Miethilfe. In neuerer Zeit ist aber, veranlaßt durch die großen Ausgaben für diese Zwecke, trotz erhöhter Reichshilfe, wieder eine größere Knauferigkeit eingetreten und darum muß

## W. T. B. in Bildern.

Unter dieser Ueberschrift fanden wir kürzlich im regierungsozialistischen „Lübecker Volksboten“ folgende durchaus zutreffende Ausführungen:

Wenn man in den letzten Nummern des Simplizissimus die Bilder über die Zustände in Rußland und die russische Revolution mit den Schauermedungen des Wolffsbureaus über die Grausamkeiten der Roten Garde vergleicht, könnte man leicht versucht sein, zu glauben, das einstmals unbefristete gute deutsche Satirorgan sei heute nur noch eine Bildausgabe des halbamtlichen Depeschbureaus. Aber das soll hier nicht behauptet werden. Ich will nur als Deutscher bekennen: Ich schäme mich für mein Land vor dem Ausland, daß sich unter dem Volke der Dichter und Denker Künstler finden, die eine Bewegung von der Tragik und Größe der Selbstbefreiung des russischen Volkes derart zum Gegenstand unanständiger Verhöhnung machen, wie es seit einiger Zeit im Simplizissimus geschieht.

Es gab einmal eine Zeit — es dünkt heute lange her — da vermochten die Zeichner des erwähnten Witzblattes sich immerhin mit Geschmack und Erfassungsgabe an großen Gegenständen zu reiben, und man war zu dem Glauben geneigt, daß die sprichwörtliche Weltfremdheit der meisten Künstler in politischen Dingen durchaus nicht Normalfall zu sein brauche. Unter dessen ist — vielleicht gehört dies zum Krieg als geistige Wirkung! — schwarz weiß geworden. Die heftige Satire, die die Mannen des Simplizissimus früher an mancherlei Erscheinungen und politischen Tendenzen bis zur Verfolgung hinter die schwebelnden Gardinen übten, ist wie nie gewesen. Und nun haben sie ihre Kunst in patriotische Dienste gestellt, was etwas anderes ist, als wenn man es mit der Muskelkraft tut. Aber die Kunst! Darüber, ob man die Kunst in den Dienst des Patriotismus stellen kann, wird nach den Erzeugnissen dieses Krieges ein Urteil zu fällen sein, und es wird nicht zugunsten der deutschen Kunst ausfallen.

Die Kunst dient unmittelbar nur sich selber, sie wirkt nur durch sich; ihre Macht liegt im Unbeschränkten. Vor allem aber die Satire, die freieste der Künste, braucht die Freiheit und Unbeschränktheit des Denkens in vollstem Maße. Die Unbeschränktheit der Idee und des Gedankens scheint aber innerhalb des Simplizissimus, soweit die Zeichner in Betracht kommen, von einer starken nationalen Beschränktheit abgelöst worden zu sein. Sonst wäre es nicht zu verstehen, daß die fraglichen Satiriker ein Geschicknis, wie die russische Revolution, verunglimpfen können. Dieses Geschicknis, dessen Grausamkeit gegen die bestialischen Blutorgane des Weltkrieges eine Sagenstille ist und das letzten Endes doch ein Ziel erreicht hat, was man vom Weltkriege bis jetzt nicht sagen kann,

wiederrum Einspruch erhoben werden gegen das Bestreben, die Familien unter der langen Dauer des Krieges und den dadurch erhöhten Aufwendungen leiden zu lassen.

Die Ernährungsfrage spielt auch in der Gemeinde eine große Rolle. Wohl sind der Gemeinde auf diesem Gebiete die Hände gebunden; denn sie kann an die Bevölkerung nicht mehr Lebensmittel zuteilen, als sie selber zur Verteilung zugewiesen erhält. Gerade deshalb haben die sozialdemokratischen Vertreter keine Gelegenheit vorbegehen lassen, um die Ernährungswirtschaft zu geißeln und dem sehnlichsten Wunsch der Bevölkerung nach baldigem Frieden beredten Ausdruck zu verleihen.

An der immer schlechter werdenden Massenpeisung wurde wiederholt Kritik geübt. Leider mußte festgestellt werden, daß diese Speisung auch teurer geworden ist. In dem Ernährungsbeirat, der sich mit der Verteuerung zu beschäftigen hatte, stimmte der Vertreter der Abhängigen der beantragten Verteuerung von 40 auf 50 Pf. zu, während der Vertreter der Unabhängigen dagegen stimmte. Das wurde im Plenum der Stadiverordnetenversammlung einwandfrei festgestellt. Und wenn auch bei der entscheidenden Abstimmung im Plenum die Fraktion der Abhängigen gegen die Verteuerung stimmte, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die Verteuerung im vorbereitenden Stadium durch die Haltung des Vertreters der Abhängigen erst möglich wurde. Das gleiche trifft auf die Gasverteuerung zu. Im vorbereitenden Stadium für die Erhöhung, in der Endabstimmung dagegen, war die Taktik der Abhängigen.

Man ging dort von der Auffassung aus, daß durch die Verteuerung der Rohmaterialien eine Verteuerung der Produkte erfolgt sei und daß diese Verteuerung von den Konsumenten getragen werden müsse.

Die Vertreter der Unabhängigen Fraktion konnten diesen Standpunkt nicht teilen. Die Verteuerung der Produkte sei eine Folge des Krieges. Es sei nicht angängig, den Einwohnern ohne weiteres diese Kosten aufzubürden, ganz abgesehen davon, daß die Gaswerke in den letzten 10 Jahren mehr als 10 Millionen Mark Ueberschüsse gebracht hätten.

nämlich die Befreiung eines bis aufs Blut gepöhlten Volkes aus Niedrigkeit und Schmach.

Einmal gab es eine Zeit, da das freiheitliche deutsche Bürgertum und dessen kritisch-intellektueller Dolmetsch auf dem Gebiete der Satire, eben der Simplizissimus, für die Freiheit des bedrückten russischen Volkes gegen den Zarismus Partei ergriff. Seitdem aber das russische Volk frei ist, seine Freiheit nach eigener Idee und nicht nach deutsch-bürgerlichem Muster ausgestalten will, hat sich manches geändert, was allerdings ein Kapitel für sich bilden kann. — Die Maßstäbe sind plötzlich andere geworden; es scheint fast, als ob Menschen an großen Aufgaben wachsen, an kleinlichen aber leicht das Rückgrat brechen. So ist es auch mit dem Simplizissimus: Einmal hatte er eine große Aufgabe, an der seine Kraft wuchs. Als der Krieg kam und mit ihm die natürliche Beugung des freiwaltenden Gedankens, hätte er erklären sollen: Auf Wiedersehen, wenn meines Reiches Herrschaft wieder gilt. Dann hätte man Achtung vor ihm haben können. So aber kann man nur bedauern, daß ein einst so rühmliches Beginnen ein so unruhliches Ende fand.

Was hier mit vollem Recht von den Bildern des „Simplizissimus“ gesagt wird, trifft auch auf den textlichen Teil zu. Auch hier überwiegt die nationalstische Beschränktheit in Vers und Prosa. Ja doch auch ein Ludwig Thoma, der Dichter der „Moral“ und so vieler gepfeffterter und ins Schwarze treffender „Großheiten“ ein verbissener Alldentscher geworden und bedankt alle, die nicht mit ihm des gleichen Schwertwillens sind, mit seiner Grobheit, die nichts Befreiendes mehr an sich hat.

Ueberhaupt liefern die Witzblätter das traurigste Kapitel in der Zeitungs- und Zeitschriften-Geschichte des Weltkrieges. Sie sind — haben wie drüben — ein Nährboden für Völkerverhaß, Kriegsgraus und gefährliche Illusionen. Sie haben die einseitig-ostigische Kriegsbetrachtung, wie sie das W. T. B. tagtäglich vermitteln muß, in Wort und Bild der großen politisch urteilslosen Masse, die zu ihnen greift, erst recht sinnfällig eingetrickelt und ein nationales Pharisäertum gezeugt, das den Wiederaufbau einer umfassenden Menschheitskultur ungeheuer erschweren wird.

Die Verkrüppelung der satirischen Kunst, wie sie hier am Simplizissimus geübt wird, ist auch bei der Münchener „Jugend“ zu beobachten, die allerdings schon vor dem Kriege in nationalliberalen und alldentschen Farben schillerte. Ebenso borniert und innerlich unwahr ist die Satire, wie sie in dem Witzblatt, das auf den geistigen Habitus der Berliner Bourgeoisie zugeschnitten ist, den „Lustigen Blättern“, mit Stift und Feder zur Welt gebracht wird. Hier ist die am „Simplizissimus“ geübte Verunglimpfung der russischen Revolution noch um einige Grade plumper. Als solnerzeit die Lebensmittelkassette Batockis ge-

Die Mehrausgabe durch die Verteuerung der Rohprodukte müsse auf das allgemeine Kriegskonto geschrieben werden, zu dessen Deckung auch das Reich heranzuziehen sei.

Eine Massenpeisung sei zu begrüßen, wenn alle Bewohner an derselben teilnehmen müßten ohne jede Ausnahme. Wenn alle aus einem Topfe essen müßten, wenn die Lebensmittel nur in sofort genießbarem Zustande verteilt würden, wenn niemand andere Lebensmittel seines großen Portemonnaies wegen kaufen könne, dann wäre eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel gegeben, dann aber würde die Massenpeisung eine bessere werden und der Krieg würde auch am längsten gedauert haben.

Einer Erhöhung des Wasserpreises hat die Fraktion der Unabhängigen mit Entschiedenheit widersprochen. Sie wurde von dem Redner der Abhängigen noch verhöhnt, weil die Fraktion der Abhängigen sich für die Erhöhung des Wasserpreises ins Zeug legte. Die Erhöhung des Preises für das Wasser würde von den Hausbesitzern getragen. Die Verteuerung der Rohprodukte und die Erhöhung der Löhne machten die Verteuerung zur Notwendigkeit. Unsere Genossen bekämpften diesen Standpunkt. Die Wasserlieferung sei ein Gebot der öffentlichen Gesundheitspflege. Da scheide der Gesichtspunkt der Rentabilität der Wasserwerke aus. Und wenn auch der erhöhte Wasserpreis zunächst vom Hauswirt gefaßt werde, so rege er doch in einer Zeit wie der jetzigen, mit ihrer Tendenz der aufsteigenden Mieten, zu einer größeren Mietssteigerung an, und dazu könne die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion im Interesse der breiten Massen der minderbemittelten Bevölkerung die Hand nicht bieten.

Und als es gar Ende März zur Abstimmung über den Gesamtetat kam, stimmte die Fraktion der Abhängigen für denselben, obwohl sie ein Jahr vorher gegen den Etat stimmte, weil er die die große Masse belastende Erhöhung des Gaspreises enthielt. Dabei war die diesmalige Gaspreiserhöhung noch höher als die vorjährige.

Das ist keine zielklare Politik von Sozialdemokraten.

schaffen wurde, da suchten die Satiriker der „Lustigen Blätter“ dem gutgläubigen Michel zu suggerieren, daß jetzt für ihn ein Schlemmerleben beginnen werde, bis er nur zu schnell um eine Illusion ärmer wurde. Neben dieser hohlen Satire bringt das Blatt auch noch das patriotisch-sentimentale Versgelingen seines Hausdichters Rudolf Presber, der beim Kronprinzen eine sehr gute Nummer haben soll; von Freiheit und Unbeschränktheit der satirischen Kunst kann da freilich keine Rede sein.

Früher galt der „Kladderadatsch“ als das beste und geistvollste Witzblatt des Liberalismus. Wer ihn in dieser Kriegszeit aufschlägt und seine Vergangenheit nicht kennt, kann ihn für eine illustrierte und humoristische Beilage des Revolutionsblattes halten. Nummer für Nummer wird hier die klügste England- und Wilsonfresserei veranstaltet, die grauliche Weltkatastrophe nur durch die Brille des wildgewordenen alldentschen Oberlehrers und politisch analphabetischen Philisters betrachtet.

Der Regierungsozialismus aber hätte nötig, in punkto Satire vor seiner eigenen Tür zu kehren. Denn was davon in seinem Witzblatt, dem „Wahren Jakob“ verzapft wird, ist in künstlerischer und geistiger Hinsicht noch blöder als der Witz der bürgerlichen Blätter. Schon vor dem Kriege war der „Wahre Jakob“ das Schmerzenskind der sozialdem. Partei, während des Krieges ist er unter seinem sozialpatriotischen Redakteur zu einer Art Bilderspiel des W. T. B. geworden. Die satirische Behandlung der Wegner bewegt sich auf dem Niveau engstirniger Bierhant-Kannegießerei, der auch die Platteiten entsprechen, mit denen hier und da Kriegsgewinnler, Bourgeoispropheten usw. bedacht werden. Keine Spur sozialistischer Verständnisses wohnt dieser Satire inne, die der dem Regierungsozialismus inwohnenden Tendenz zu nationaler Massenverblöding Vorstoß leistet und wohl auch leisten soll.

Verwahrloßt sind freilich nicht nur die Witzblätter, sondern auch die anderen illustrierten Zeitungen. Konnte man doch sogar in der „Neuen Welt“ in einem Artikel über französische Wandermaler den Satz lesen: „Der Stolz von Jahrhunderten zerbrach in wenigen Tagen. Die städtischen Wahrzeichen, die standhaft Wind und Wetter von Jahrhunderten getrotzt, vermochten dem Granatensturm nicht zu widerstehen. Wie unsere Heeresberichte verkünden, sind es die Gegner gewesen, die diese Zerstörungen verursachten.“ Womit auch dieses sozialdemokratische Organ der geschichtlichen Gerechtigkeit Genüge getan hat.

Im „Volke der Denker und Dichter“ beherrscht der Geist des W. T. B. die Kunst, die öffentliche Meinung, die Politik, die Weltanschauung. Die Annexion des Geisteslebens durch das Offizientum ist eine der gefährlichsten Annexionen; gegen sie gilt es mit allen Mitteln und auf allen Gebieten anzukämpfen.

So zeigt sich, wenn wir im einzelnen auf die Gemeindefähigkeit eingehen, wie verfehlt diese Konzeptionspolitik der Abhängigen im Ratshause ist.

Wer da will, daß mit Klarheit und Entschiedenheit die Interessen der proletarischen Bevölkerung im Ratshause zur Geltung gebracht werden, muß bei Wahlen für die Anhänger der **Unabhängigen sozialdemokratischen Partei** wirken.

#### Der 16. Kommunal-Wahlbezirk

umfaßt folgende Stadtbezirke und Straßen:

Erster Teil: Stadtbezirke 164, 171, 173: Andreasstraße 14-28, 61-67, Grüner Weg 82-88, 61-88, Koppenstraße 13-34, 54-80, Langestraße 29-35, 74-81, Müncheberger Straße 18, Rübendorfer Straße 2-83.

Wahllokal: „Hilfsheim Restaurant“, Koppenstraße 68.

Zweiter Teil: Stadtbezirke 165, 166: Andreasstraße 1-13, 69-79, Breslauer Straße 1-16, 18-33, Brommstraße von Mühlentstraße bis Spree, Fruchtstraße 1-8, 89-88, Holzmarktstraße 25 bis 42, Koppenstraße 1-3a, 96-101, Kraußstraße 30, Langestraße 28, Mühlentstraße 2-80, Kummelsburger Platz, An der Schillingsbrücke, Am Schlesiens Bahnhof, Stadtbahnbogen 1-27, Stralauer Platz 1-24, 29-35.

Wahllokal: „Zum Casino“, Fruchtstraße 2a.

Dritter Teil: Stadtbezirke 168, 169, 170: Breslauer Straße 17, Friedrichsfelder Straße 2-43, Fruchtstraße 9-19, 70-82, Koppenstraße 4-12, 81-95, Lange Straße 36-73, Madaistraße, Müncheberger Straße 1-17, 19-84, Schlesiens Bahnhof Empfangsgebäude und Bahnanlagen bis Warschauer Straße.

Wahllokal: „Bürgerliches Bierhaus“, Müncheberger Straße 17.

Vierter Teil: Stadtbezirke 172, 174, 175 a: Friedrichsfelderstr. 1, Fruchtstr. 20-38, 51-60, Grüner Weg 59-60, Königsbergerstr. 1-14, 25-39, Rüstener Platz 1-10, Memelerstr. 38-55, Ostbahnhof Empfangsgebäude und Bahnanlagen bis Warschauerstr., Am Ostbahnhof, Rübendorferstr. 1, 34-51.

Wahllokal: „Restaurant Bürgerhof“, Rüstener Platz 10.

Kandidat der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei ist der

**Kaufmann Max Barthel.**

Die Wahl findet am kommenden Sonntag, den 29. April, von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags statt.

Keiner fehle!

### Stadterordneten-Erswahl in Lichtenberg.

Am kommenden Sonntag, den 29. April, findet für den verstorbenen Genossen Jasske eine Erswahl zur Stadterordnetenversammlung statt. Für unsere Parteigenossen bietet sich erneut Gelegenheit, für die Wahl eines Kandidaten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei zu wirken. Mit aller Entschiedenheit und allem Eifer muß für diese Wahl gewirkt werden. Den Wählern muß klar gemacht werden, daß im Allgemeininteresse wie im eigenen Interesse die Beteiligung an der Wahl notwendig ist. Auch im Lichtenberger Ratshause müssen die Interessen der proletarischen Bevölkerung mit Zielklarheit zum Ausdruck gebracht werden. Wässigkeit der Wähler ist da vom Uebel und wirkt nur schädlich.

Arbeiter! Parteigenossen! Bemüht die kurze, uns vom Wahltage trennende Zeit für die Wahl der Kandidaten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Unser Kandidat ist der

**Buchdrucker Franz Stimming**

Oderstraße 4, Lichtenberg.

Das Wahllokal befindet sich bei Seimert, Jungstraße 32. Die Wahl findet in der Zeit von 12-6 Uhr statt. Die Genossen wollen für rege Wahlbeteiligung Sorge tragen.

Alt-Bohagen 22-26, Blumenthalstraße 1-42, Bohagener Chaussee 1-12 und 24-29, Finowstraße 1-40, Frankfurter Allee 59-61, Friedrich-Karl-Straße 1-34, Gabriel-Max-Straße 6-8, Gärtnerstr. 11-24, Glager Straße 1-4, Grünberger Straße 1-11 und 20-24, Hottelstraße 19-22, Jungstr. 1-44, Croßener Straße 7-10, Rainzer Straße 15-27, Oderstraße 8-21, Seumestraße 17-20, Scharnweberstraße 15-52, Weichselstraße 1-21, Weiserstraße 18-25 und 32-38, Wismarplatz 5-8.

Das Wahllokal ist Restaurant Seimert, Jungstr. 32. Gewählt wird in der Zeit von nachmittags 12-6 Uhr. Diejenigen Genossen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, treffen sich am Wahltage im Lokal von Emil Henkel, Jungstr., Ecke Scharnweberstraße.

### Zur Frage der Landesverteidigung.

Von R. Kautsky.

#### 1. Der Begriff der Landesverteidigung.

Die Bedingungen, die der Friede von Dreßnitz dem russischen Volke auferlegt, werden von den Abhängigen triumphierend als glänzende Rechtfertigung ihrer Forderung der Landesverteidigung gedeutet. Die Ruhland wäre es Deutschland ergangen, wenn die Sozialdemokratie die Kriegskredite ablehnte.

Man habe aber nur die Wahl, die Landesverteidigung entweder prinzipiell anzuerkennen oder prinzipiell abzulehnen. Wenn die Unabhängigen weder das eine noch das andere täten, so sei das ein Beweis von Feigheit, Unehrlichkeit oder völliger Haltlosigkeit in einer Frage, die geradezu die Lebensfrage für Partei und Volk geworden ist.

Auch bei der Niederbarnimer Wahl spielte das Prinzip der Landesverteidigung eine große Rolle, das einzige Prinzip, das die Abhängigen noch anerkennen.

In Wirklichkeit haben wir es keineswegs abgelehnt, uns über die Frage der Landesverteidigung zu äußern. Es ist wiederholt und ausführlich geschehen, aber allerdings in einer Weise, die den Abhängigen nicht sehr bequem war, daher schwiegen sie unsere Antworten tot.

Wir liegen naturgemäß meine eigenen Äußerungen am nächsten zur Hand. In der früheren Reuen Zeit habe ich mich zweimal über die Frage geäußert, einmal im Dezember 1916 in einer Abhandlung unter dem Titel Sozialdemokratische Anschauungen über den Krieg (I. Die Landesverteidigung, XXXV, 1, Seite 297 ff.) und dann im Mai 1917 in einem Artikel über die Landesverteidigung (XXXV, 1, S. 121 ff.). Beidemal kam ich zu dem Ergebnis, daß die ganze Fragestellung: Bist du prinzipiell für oder gegen die Landesverteidigung? verfehrt ist und zu unheilbaren Konsequenzen führt, wie immer man sie beantwortet mag.

Die Frage hat ungefähr ebensoviel Sinn, als wenn man ganz allgemein untersuchen wollte, ob man für oder gegen eine Einkommensteuer sei. Man kann sicher prinzipiell manche Steuerarten unter allen Umständen ablehnen, andere für zulässig erklären. Man darf aber doch daraus nicht schließen, daß man unter allen Umständen die zulässigen Steuern zu bewilligen habe, ohne Rücksicht auf den Zweck, dem sie dienen, die Regierung, die sie stützen. Kurz, die Frage nach der Anerkennung einer Einkommensteuer bekommt erst einen Sinn, wenn man sie im Zusammenhang mit einer bestimmten politischen Situation untersucht. Außerhalb dieses Zusammenhanges kann man sie weder bejahen noch verneinen, ist sie einfach sinnlos.

Dasselbe, was für die Frage der Einkommensteuer gilt, verlangen wir auch für die der Landesverteidigung. Wir lehnen es nicht ab, sie zu beantworten, aber wir lehnen es ab, sie außerhalb eines bestimmten politischen Zusammenhanges zu betrachten, der ihr erst einen Sinn gibt. Wer sich durch die Abhängigen verleiten läßt, trotzdem die Frage isoliert, aus ihrem Zusammenhang gerissen, zu beantworten, der gerät auf jeden Fall in eine Sackgasse, mag seine Antwort verneinend lauten oder bejahend.

Die Untersuchung im politischen Zusammenhang ist für die Frage der Landesverteidigung noch unerlässlicher als für die der Einkommensteuer, denn bei dieser haben wir es mit einem bestimmten Begriff zu tun, an dem sich nichts deuteln läßt. Unter dem Wort „Landesverteidigung“ dagegen werden die verschiedensten Begriffe verstanden, deren Durcheinanderwerfen eines der Hauptaufgaben ist, durch die die Abhängigen ihre agitatorischen Wirkungen erzielen.

Zunächst bedeutet die Landesverteidigung eine rein militärische Aktion, die in einer gewissen Kriegslage notwendig werden kann; nämlich dann, wenn die eigene Armee nicht stark genug ist, den Krieg in Feindesland zu tragen. Ob diese Aktion im Laufe des Krieges notwendig erscheint, hängt von den Anschauungen der militärischen Führung, ob sie unvermeidlich wird, von dem Lauf der Kriegereignisse ab.

Fakt man die Frage der Landesverteidigung in diesem Sinne, dann ist sie bar jedes politischen Moments, dann wird es sinnlos, zu fragen, ob ihre Bejahung oder Verneinung mit bestimmten politischen Prinzipien zusammenhängt oder nicht. Gerade wegen ihres unpolitischen Charakters aber erscheint sie als eine Frage, die außerhalb des Bereichs der Parteikämpfe steht, alle Klassen in gleicher Weise angeht, den Bürgerfrieden erdeckscht.

Doch unvermerkt wird der Begriff der Landesverteidigung mit andern in Verbindung gebracht, die einen politischen Charakter tragen.

Die Notwendigkeit der Landesverteidigung ist im Kriege nur unter bestimmten Umständen gegeben. Die Möglichkeit, daß sie eines schönen Tages notwendig wird, besteht aber immer, solange es Krieg gibt und man den Gegner nicht in einer Weise niedergeworfen hat, daß er unfähig ist, weiterzukämpfen.

So entsteht aus der Anerkennung der Landesverteidigung die Anerkennung der Notwendigkeit, den Feind völlig kampfunfähig zu machen. In diesem Zusammenhang erscheint auch das noch als eine ganz unpolitische Forderung, die alle Klassen in gleicher Weise angeht.

Und doch setzt hier die Politik gewaltig ein. Nicht die Landesverteidigung, wohl aber der Krieg ist eine politische Aktion. Er ist ein Produkt bestimmter politischer Ziele und Absichten. Ohne diese wäre er nicht ausgebrochen. Er wird geführt, um sie durchzusetzen. Diesem Zweck soll der Sieg dienen und nicht bloß der Landesverteidigung. Um den Feind vom Lande fernzuhalten, dazu kann es oft genügen, daß man auf die eigenen politischen Ziele verzichtet, die man im Kriege durchsetzen will, und daß man dadurch den Frieden erhält oder herbeiführt.

Die Frage der Stellung zum Kriege ist also keineswegs gleichbedeutend mit der Landesverteidigung. Sie hängt ab von der Stellung, die man zur Politik der eigenen Regierung wie der gegnerischen Regierung oder Regierungen einnimmt. Billige ich die Politik der eigenen Regierung und mache sie den Krieg unvermeidlich, dann muß ich mich mit aller Kraft hinter die Regierung stellen, nicht nur zu Zwecken der Landesverteidigung, sondern auch des Sieges. Mißbillige ich die Regierungspolitik schon im Frieden, so ist doch fürwahr kein Grund, die Opposition deshalb einzustellen, weil diese mir verberlich scheinende Politik zu anderen Schäden aus

noch einen Krieg gefeilt hat. Im Gegenteil muß man nun erst recht trachten, an Stelle der belämpften Regierung eine andere zu setzen, die eine bessere Politik treibt, und in dieser Weise die Interessen des Landes zu verteidigen.

Indem man an Stelle des Wortes „Krieg“ das Wort „Landesverteidigung“ setzt, an Stelle der Zustimmung zum Krieg die Anerkennung der Landesverteidigung, nimmt man den Erörterungen über den Krieg allen politischen Inhalt, jede Bezugnahme auf die Politik der Regierung. Der Krieg erscheint dabei als etwas Unabwendbares, von jeder Politik Unabhängiges, etwa wie eine Sturmflut, der gegenüber nur eins nottut: die Deiche zu verstärken, das bedrohte Hab und Gut und das Leben von Weib und Kind zu schützen. Man erweckt damit wieder die alte Denkweise, die Kriege ebenso wie Seuchen als Schickungen Gottes hinnahm, der ihr Kommen mit Kometen anzeigte.

Und die Regierung, die den Krieg führt und seine Ziele bestimmt, gilt da als etwas außerhalb und über alle Politik Stehendes, das zu verändern unmöglich ist. Namentlich in den ersten Kriegsjahren war diese Denkweise allgemein.

(Fortsetzung folgt.)

### Von der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.

Die Nachricht, die vor kurzem durch die deutsche Presse ging, daß die Unabhängige Arbeiterpartei Englands sich für einen Regierungswechsel ausgesprochen habe, der Lord Lansdowne aus Ruder bringen solle, mag auf manchen Seiten Ueberraschung hervorgerufen haben. In ihrer Kürze war sie zweifellos danach angeht, Befremden zu erwecken. Wir ersuchen nunmehr dazu noch folgendes:

Genosse Phillip Snowden hat in seiner Präsidienansprache auf dem Jahreskongreß der I. L. P. (Independent Labour Party), der am 1. April stattfand, diesen Gedanken entwickelt und begründet. Er ging von den fürchtbaren Kämpfen an der französischen Front aus und erklärte, daß gerade angesichts des Entsetzlichen, das sich dort abspielte, ein Ausweg, der zum Frieden führe, gefunden werden müsse. Damit leiste man dem Lande den besten Dienst. Die Unabhängige Arbeiterpartei hat es sich zum Grundsatz gemacht, zunächst die Politik der eigenen Regierung zu prüfen und zu kritisieren, ehe sie sich gegen die feindlichen Regierungen wendet, und so verurteilte Snowden auch diesmal heftig die Ershwerung des Friedens durch die Nichtveröffentlichung der Entente-Forderungen. Dem Kampf werde, wenn der Höhepunkt überschritten sei, aufs neue ein militärischer „toter Punkt“ folgen. Diese Situation müsse für intensive Friedensarbeit benutzt werden. Sie könne aber nur durch solche Regierungen günstig ausgenutzt werden, die den Wunsch der Völker nach einem demokratischen Frieden ohne territoriale Vergrößerungen anerkennen. Ein Regierungswechsel ist für Snowden kein unüberwindliches Hindernis, und er begründet diese Auffassung damit, daß selbst Bonar Law in einem kritischen Moment davon gesprochen habe, daß die Regierung eventuell nicht zögern werde, das Amt niederzulegen.

Eine Labour-Party-Regierung hält Snowden weder für möglich noch für wünschenswert angesichts der Tatsache, daß die Partei dadurch in zu enge Verbindung mit den Sünden des gegenwärtigen Regimes gerate. Das Land brauche eine Politik, die, wie Lord Lansdowne vorschlug, versuche, jeden Weg zum Frieden zu erproben. Er, Snowden, sei bereit, jede Regierung zu unterstützen, die eigens zu diesem Zwecke eingesetzt werde. Die hohe Notwendigkeit, Frieden zu machen, stehe über allen persönlichen oder Parteinteressen.

„Daily News“ melden, daß die Rede mit großem Beifall aufgenommen und daß Snowden wieder zum Vorsitzenden der Unabhängigen Arbeiterpartei gewählt worden sei. Ob eine Resolution im Sinne der Rede angenommen wurde, oder ob eine Debatte über die Anregung Snowdens, unter gewissen Bedingungen eine Regierung Lansdownes zu unterstützen, folgte, geht nicht aus dem Bericht hervor.

Die I. L. P. hat — wie anzunehmen ist, in Folge ihrer Friedenspropaganda — im letzten Jahre gute Fortschritte gemacht. Ihre Mitgliederzahl ist leicht um 90 Prozent höher als im März des letzten Jahres, und auch damals hatte sich bereits ein kräftiger Aufschwung geltend gemacht. Es scheint also doch, daß die Friedensarbeit der englischen Genossen fruchtbareren Boden im Volke findet, und daß die Genossen unrecht haben, die behaupten, daß der Friedenswille in England nur ganz kleine Kreise beherrsche.

### Neue Arbeiterparteien in Dänemark.

An dem Wahlkampf zum dänischen Folkething scheinen sich drei sozialistische Arbeiterparteien beteiligen zu wollen. Wie überall, sind auch die Gegensätze zwischen den verschiedenen Richtungen in der Sozialdemokratie immer schärfer geworden. Während in Norwegen die radikale Linke das Feld behauptet und die Leitung der Partei übernommen hat, sind in Dänemark vor kurzem eine Anzahl Parteigenossen aus der alten Partei ausgeschieden, und jetzt wird gemeldet, daß noch eine weitere Gruppe sich konstituiert hat und sich an den Wahlen beteiligen will. Die zuerst abgespaltene Gruppe nennt sich „Die unabhängige Sozialdemokratie“, sie hat sich ein eigenes Organ geschaffen „Dagens Echo“ (Echo des Tages), dessen Redakteur Nicolaisen ist. Das Manifest, mit dem sich die neue Partei an die Öffentlichkeit wendet, enthält scharfe Angriffe auf die alte Partei. Es ist unterschrieben von 14 Genossen und erklärt, ebenso wie die Sozialdemokratie in Schweden und die Unabhängige Sozialdemokratie

In Deutschland dem Militarismus unversöhnlichen Krieg. Die Partei lehnt es ab, für neue Militärforderungen zu stimmen. Sie stützt sich auf die Zimmerwalder Bewegung. Ein endgültiges Programm soll jedoch erst auf dem nächsten Kongress beschlossen werden.

Die zweite Gruppe heißt: „Sozialistische Arbeiterpartei“. Von ihr erfahren wir bis jetzt nur, daß sie eine selbständige Liste, Liste Nr. 8, zu den Folkethingwahlen in Kopenhagen aufgestellt hat, auf der zwei Frauen, eine Lehrerin und eine Tabalarbeiterin, sowie sechs Arbeiter verzeichnet sind. (Berlin zensiert.)

## Der Sieg der Zimmerwalder Richtung in Norwegen.

In den Ostertagen hat ein Landeskongreß der norwegischen Sozialdemokratie stattgefunden, auf dem der in allen Ländern zu beobachtende Scheidungsprozeß zwischen reformistisch-sozialpatriotischem und internationalem Sozialismus für Norwegen zugunsten der Zimmerwalder Richtung einen Abschluß erreichte. Der rechte, sich auf die ländlichen Gegenden stützende Flügel der norwegischen Sozialdemokratie wurde von dem linken Flügel, hinter dem die Arbeiterschaft der Industrie- und Handelsstädte steht, in wichtigen Fragen niedergestimmt. Man kann damit rechnen, daß die unterlegenen reformistischen Elemente zur Gründung einer neuen Partei schreiten werden.

Die schon lange vorhandene Gärung in der Partei suchte am ersten Verhandlungstage der Parteivorstände am nächsten dadurch zu beschleunigen, daß er nachzuweisen suchte, auch der linke Parteiflügel würde keine andere Kampfweise zu wählen und keine größeren Erfolge zu erringen vermocht haben als die rechtsstehende Parteileitung. Zum Beweis für die Richtigkeit der eingeschlagenen Bahn wies er wieder auf das Anwachsen der Mitgliederzahl hin. Die Opposition war jedoch nicht geneigt, sich in ihren Forderungen durch diese beschwichtigende Bestrebungen heizen zu lassen. Sie rißte durch den Genossen Egede wissen, daß nur die Brantingische Richtung der schwedischen Sozialdemokratie zum norwegischen Parteitag eingeladen und deshalb auch nur diese zwei Personen — den leitenden Redakteur des Stockholmer „Sozialdemokraten“ P. Albin Hansson und den Parteisekretär Gustav Möller — vertreten sei, nicht aber der linke Flügel. Es müsse deshalb sofort auch die linkssozialdemokratische Partei Schwedens nach Kristiania eingeladen werden. Wissen griff die Brantingische Richtung und ihre Vertretung im schwedischen Ministerium, besonders den sozialistischen Marineminister Palmström, wegen ihrer Haltung zur Entente und der russischen Revolution scharf an und rißte, daß auch die sozialistischen Minister Schwedens dafür gestimmt hätten, der russischen Revolutionärin Frau Kollontai den Weg für eine Reise über Schweden zu verweigern.

Der Antrag rief eine längere Debatte hervor, in der neben dem als Gast anwesenden Chefredakteur des Stockholmer „Sozialdemokraten“ auch Ole Plan, der Vorsitzende der norwegischen gewerkschaftlichen Nachorganisationen, und andere Führer des rechten Flügels die Brantingische Parteirichtung energisch verteidigten; doch hatte dieser Widerspruch nur den Erfolg, daß nun von der Opposition auch noch der Antrag gestellt wurde, die Sekretärin der internationalen Zimmerwalder Kommission Frau Balabanoff und den offiziellen Vertreter der bolschewistischen Regierung in Stockholm telegraphisch zur Teilnahme am Kongreß einzuladen.

Das Ende der Debatte war, daß formell mit 150 gegen 117 Stimmen beschlossen wurde, nicht nur den oppositionellen linken Flügel der schwedischen Sozialdemokratie, sondern auch Frau Balabanoff und Woznowsky einzuladen.

Auch der vom Zentralvorstand gestellte Antrag den Mitglieder des Landesverbandes Rede- und Stimmrecht in allen Fragen außer in den sie selbst betreffenden einzuräumen, wurde nach lebhafter Diskussion abgelehnt.

Noch schlimmer für die bisherige Parteileitung gestalteten sich am zweiten Verhandlungstage die Abstimmungen über verschiedene von der Parteivorstandsmehrheit gestellte Anträge und Resolutionen. So hatte sie zum Beispiel eine Resolution zur Taktfrage eingebracht, in der es hieß:

„Die sozialistische Gesellschaftsordnung baut sich auf der Volksmehrheit auf. Die Sozialdemokratie vermag deswegen keine Gewaltdiktatur weder der oberen Schichten noch der Arbeiterklasse anzuerkennen. Der Parteitag ist der Auffassung, daß er einem Generalstreik oder einer revolutionären Massenaktion zur Förderung der Eruerung betreffender Forderungen oder als Mittel in einem Militärstreik zur Abschaffung des Militarwesens nicht zustimmen kann.“

Diese Resolution wurde abgelehnt und dafür folgende Resolution Tranmael und Genossen mit einer Mehrheit von 30 Stimmen angenommen:

„Die Sozialdemokratie kann das Recht der bestehenden Klassen zur wirtschaftlichen Ausbeutung der Arbeiterklasse auch dann nicht anerkennen, wenn diese Ausbeutung sich auf eine Mehrheit in der Volksgewalt stützt. Die norwegische Arbeiterpartei muß sich deshalb das Recht vorbehalten, Massenaktionen oder Revolutionen im Kampfe für die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse anzuwenden. Die Partei kann auch als Klassenkampfpartei dem Kampfe, der von anderen Arbeiterorganisationen geführt wird, nicht gleichgültig gegenüberstehen. Der Parteitag begrüßt deshalb die Erziehung von Arbeiter und Soldatenräten als Ausprägungen des Befreiungskampfes und der Unternehmungslust der Arbeiterbevölkerung.“

Ebenso erging es einem Antrag der Parteivorstandsmehrheit, der sich gegen die Organisation von Militärstreiks sowie gegen die Verhängung von Sperren über militärische Verfassungen aussprach. Angenommen wurde hingegen folgender Antrag der Mindergruppe:

„Der Parteitag fordert zur Vorbereitung und Organisation eines das ganze Land umfassenden und durch gewerkschaftliche Aktion gestützten Militär- und Wehrpflichtstreiks auf. Ferner soll zum Generalstreik aufgefordert werden, um Kriege und Kriegsausbrüche zu verhindern.“

Die diese Abstimmungen zeigen, hatte der linke Flügel die entschiedene Mehrheit, dennoch suchte er, um die Partei zu sprengen, bei der Vorstandswahl der Rechtssozialdemokratie gewisse Zugeständnisse zu machen. Er verlangte allerdings für seinen Kandidaten den Posten des ersten Vorsitzenden, war aber bereit, den zweiten Vorsitzendenposten einem „Gewähltem“ — in Aussicht genommen dafür war der Gewerkschaftsvorsitzende Ole Plan — zu überlassen. Die Führer der Rechten lehnten aber jede derartige Verteilung der Posten mit der Begründung ab, daß sie keine Verantwortung für den neuen Parteikurs übernehmen könnten. Es wurden schließlich alle herabragenden Vertrauensstellungen mit Angehörigen des linken Flügels besetzt. Zum ersten Vorsitzenden des Landesverbandes wurde Redakteur R. Greppe, zum zweiten Vorsitzenden Abbot G. Stang, zum geschäftsführenden Vorstandsvorsitzenden Redakteur Tranmael, zum Leiter des „Sozialdemokraten“ Redakteur Scheffs gewählt.

## Aus dem bolschewistischen Rußland.

In Moskau fand, wie der J. A., der wir auch die Verantwortung für die Michtigkeit ihrer Darstellung überlassen müssen, entnehmen, unlängst ein Protestmeeting statt, um gegen Gewalttaten, die in dem von den Menschewits beherrschten Kaukasusgebiet verübt sein sollen (es handelt sich um Agrarunruhen und die Erschießung von Arbeitern) zu protestieren. In diesem führte Lenin u. a. aus:

„Eine schwere Periode liegt uns bevor. Der April und Mai werden, was die Verpflegung betrifft, schlimme Resultate zeitigen. Früher war es schlecht, schlimmeres liegt uns bevor. Des Zaren und Kerenskows Regierungen haben die ganze Volkswirtschaft des Landes zerrüttet. Der Transport ist lahmgelegt und wir haben keine Lebensmittel. Die Menschewits und die Sozialisten-Revolutionäre vom rechten Flügel sagen zu uns: „Seiget doch, wie Ihr, Wochenski, damit fertig werden werdet!“ Können wir denn aber pfählich das Paradies des Sozialismus bereiten? Arbeit, ungeheure Arbeit ist notwendig, und wir verachten sie.“

Jetzt, und gerade erst jetzt, hat der Krieg seine Krallen gezeigt. Die ganze Front ruht jetzt zurück ins Hinterland, die Kriegsgefangenen leiden kein. Im Lande aber herrscht Arbeitsmangel und Hunger. Nun erst haben wir erfahren, was der imperialistische Krieg bedeutet.“

Als Kerenski im Juli monats die Offensive ergriff, sagten wir, er hätte es getan, weil er durch die Geheimverträge hierzu verpflichtet war. Nun bestehen keine Geheimverträge mehr, die Menschewits und die Sozialisten-Revolutionäre des rechten Flügels aber gehen am Gängelbande der Bourgeoisie und ergreifen mit deren Geld die Offensive gegen uns.“

Die Menschewits weisen unsere Gegner darauf hin, daß wir Gewalttaten verüben. Wir leugnen das nicht. Wenn irrtümlicherweise ein Sabotageverbrecher geißelt wird, wenn wir die Blätter der Kadetten verbieten, rufen uns die Menschewits und die Sozialisten-Revolutionäre von rechts zu: „Gewalttäter!“ Aber dieselben Menschewits und Sozialisten-Revolutionäre von rechts haben an uns in Petersburg Gewalt verübt, haben den Rufstand der angehenden Offiziere in Moskau organisiert und 1500 Arbeiter des Klewer Arsenal geißelt. Jetzt dagegen sind sie die eifrigsten Tschokoladen und predigen das „Gewährenlassen des Uebel.“

Gestützt auf Gewalttaten, denn wir sind nur Gegner einer Vergewaltigung des Proletariats, nicht aber gegen die Vergewaltigung der Bourgeoisie, haben wir die Republik der Armen geschaffen. Es genügt aber nicht, sie zu schaffen, man muß sie auch festgen und verankern. Man muß sie zu einer reichen, blühenden, industriellen Republik machen. Dazu ist aber notwendig, daß wir unsere Nachlässigkeit, unsere Trägheit, unsere Organisationslosigkeit beseitigen und lernen, uns der Disziplin unterzuordnen.“

Um uns her entstehen Gefahren. Die Deutschen versammeln sich im Süden, neue Aufstände entstehen, die Japaner haben Truppen gelandet und finden die Unterstützung der Engländer. Die Franzosen ziehen nach der Kurmanüste. Wir werden von einem engen Ring umschlossen. In einigen Tagen werden wir vielleicht genötigt sein, Japan den Krieg zu erklären. Wir suchen mit allen Mitteln den Beginn neuen Schreckens zu verhindern, aber möglicherweise ist alles umsonst, und wir werden genötigt sein, bald wieder Krieg zu führen.“

Um dieselbe Zeit sprach Trozki vor einem anderen Auditorium über die Bedeutung der sich abspielenden Ereignisse. Kurz zusammengefaßt führte er aus:

Der historische Prozeß besteht im Kampf zwischen zwei Mächten: die eine sucht die arbeitenden Massen zu knechten, die andere — die arbeitenden Massen selbst — birgt in sich die Gewähr für die Freiheit und das Aufblühen der Menschheit. —

Welche dieser beiden Mächte wird siegen? Schon vor 70 Jahren haben Marx und Engels die kommunistische Partei gegründet und das kommunistische Manifest herausgegeben. Damals bereits haben sie gesagt, daß das Geistes des Kommunismus durch

Europa wandelt. Jetzt schreit den Dapfi, den Zaren, die deutschen Polizeigeister und die französischen Radikalen nicht mehr der Schatten, sondern der Kommunismus selbst. Marx und Engels nannten sich Kommunisten, um einen Trennungstrieb zu ziehen zwischen sich und den Radikalen, die sich Sozialisten nennen. Man sagt, die Sozialisten-Revolutionäre und Menschewits seien auch Sozialisten. Nein, sie sind Sozialisten erst in tausend Jahren d. h. sie sind überhaupt keine Sozialisten. Wir sind Kommunisten und wir sagen zu der Arbeiterklasse: nimm jetzt gleich die Gewalt an Dich, stürze die Bedrücker, führe den Sozialismus ein. —

Nach einer längeren Polemik gegen die Menschewits und die Sozialisten-Revolutionäre schloß Trozki mit dem Hinweis, daß die soziale Revolution im westlichen Europa letzten Endes Rußland werde retten müssen.

Hierauf wurden eine Reihe Fragen bezüglich Japans an Trozki gerichtet, die dieser wie folgt beantwortete:

„Japan will uns natürlich das fortnehmen, was es kann, wie uns Deutschland bereits alles genommen hat, was es hat nehmen können, wobei es möglicherweise bereits insgeheim Frieden mit Deutschland geschlossen hat. Es ist dies nicht neu und wir haben schon lange davon gesprochen.“

Dieserjenige sind im Irrtum, die da glauben, Japan strafe uns für den Breiter Frieden. Nein, jetzt beginnt die eigentliche Aufstellung der schwächsten kriegsführenden Länder. Möglicherweise werden Frankreich und Deutschland demnächst Belgien unter sich aufteilen. Unser Schutz liegt in den Interessengegensätzen der kämpfenden Mächte. Die Gegensätze zwischen Japan und Amerika treten in der sibirischen Frage zutage, und wir wissen, welche Gestalt dieser Zusammenstoß annehmen wird. Unsere Hauptbestimmung müssen wir auf das Proletariat in den kriegsführenden Ländern setzen. Außerdem müssen sich die sibirischen Bauern gegen die Japaner erheben. Der Weg der Revolution ist der einzige Weg für unsere Rettung.“

Eine Anfrage wegen der Vorgänge im Kaukasus beantwortete Trozki dahin, daß die Menschewits Gegner des Erschießens wären, wo es sich um die Bourgeoisie handelte, sie hätten aber nichts gegen das Erschießen im Kaukasus einzuwenden, wo die Arbeiter die Opfer waren.

## Aus der Bewegung.

Wilhelm Kols, der Führer des badischen Reformsozialismus, ist 48 Jahre alt in Karlsruhe gestorben. Kols war ehrlich genug auszusprechen, was andere ablenkten, aber praktisch zu betätigen versuchten. . . .

Die neue Gewaltmaßnahme der Macher in der Lindenstraße 3 gegen unsere Düsseldorf-Genossen, insbesondere der Raub des Düsseldorf-Platzes, hat die Herrschaften veranlaßt, eine sehr schlechte Darstellung der Sachlage zu geben. Dabei müssen sie erneut die Wahrheit beugen. Im Vorwärts befindet sich in ihrer Vertheidigung folgender Satz:

„Die „Vollzeitung“ erscheint nun wieder als Parteiplatz und wird von ihrem früheren Redakteur, Genossen Gerlach, dem, als er schwer verwundet darniederlag, Pfeiffer in unabhängiger Arbeit und Rücksichtnahme die Entlassung überhandte, redigiert.“

Wie rührend! Man sieht im Gesichte den Gemütsmenschen in der Lindenstraße eine Träne der Bitterheit über die leidvolle Bange perlen. Die Filmblätter werden sich die Szene nicht entgehen lassen: Ein Heldenjüngling, bis auf den Tod verwundet, erlöst von einem hartberzogenen Arbeitgeber die Entlassung! Für das Kino mag es ein Schlager sein, hier aber ist eine sinkende Lüge. Zunächst steht sich der gezielte Gerlach selber hinweg, einem Blatte, das die Darstellung des „Vorwärts“ übernommen hatte, zu schreiben:

„Diese Lesart ist unrichtig. Pfeiffer hat lediglich in Verlaß eines Beschlusses der „unabhängigen“ Preßkommission die Fortzahlung der gewählten Redaktionsunterstützung eingestellt, als sich herausstellte, daß ich nicht gewillt war, der alten Partei den Rücken zu kehren. Sehr vornehm war auch diese Art nicht, denn sie zwang mich, noch als Redaktionsmitglied, Stellung in einem bürgerlichen Blatt anzunehmen.“

Das klingt schon etwas anders. Mit der Filmgeschichte von dem Schwerverwundeten, dem im Todeskampf die Entlassung überreicht wird, ist es schon nichts mehr. Aber auch diese Lesart ist unrichtig. In Wirklichkeit liegen die Dinge so: Anfang 1915 war die Redaktion der „Vollzeitung“ noch voll besetzt. Für die vier Redakteure war unter den damaligen Umständen zu wenig Arbeit vorhanden, dagegen gab in der Expedition wegen Einziehung des Personalis Arbeit zu viel. Der Geschäftsführer Pfeiffer trat an die Redaktion heran mit dem Wunsche, daß einer der Redakteure in die Expedition übertritt möge, und er schlug Gerlach vor, denn dieser war erstens das jüngste Redaktionsmitglied und erliefen ihm als ehemaliger Buchdrucker und dann Expedient auch wohl für die ihm zugeordnete Tätigkeit als die geeignetste Person. Gerlach weigerte sich, auf den Vorschlag einzugehen. Pfeiffer brachte die Sache an die Preßkommission, die Gerlach in aller Güte unter Hinweis auf die Noisone des Geschäftes zurechtete. Gerlach blieb bei seiner Weigerung, worauf ihm bedeutet wurde, daß er dann die Konsequenzen ziehen möge. Gerlach kündigte darauf zum 1. Juli. Ohne Bödern trat dann Redakteur Genosse Möller in die Expedition ein. Im Juni 1915 wurde Gerlach eingezogen. Trozdem er gekündigt hatte, zahlte

Um der Verlag, wie bei den Angestellten üblich, die Hälfte des Gehalts, und zwar bis zum November 1917. Die Fortzahlung wurde eingestellt, nicht wegen der politischen Haltung Gerlachs, sondern weil er vom Militär entlassen wurde und in der Lage war, wie er selber zugesteh, sich seinen Lebensunterhalt auf andere Weise zu erwerben.

Also auch Gerlach schwindelt, indem er Unwahres vorbringt und das Besenliche verschweigt. Und zu der Unwahrscheinlichkeit kommt bei ihm die Unverschämtheit, indem er, der es verschmäht, in der Bebrängnis dem Parteiblatt an anderer Stelle zu dienen, der dann ohne Rechtsanspruch 2 1/2 Jahre lang vom Verlag Unterstützung bezieht, sich über Mangel an Vornehmheit des Geschäftsführers beklagt.

**Danzig.** Eine recht deutliche Absicht holte sich der fortschrittliche Reichs- und Landtagsabgeordnete für Danzig, Herr Weinhausen, von der Danziger Arbeiterschaft.

Der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein der Deutschen Metallarbeiter hielt am Sonntag, den 21. April, in Danzig eine von circa 300 Personen besuchte öffentliche Versammlung ab, in der Herr Weinhausen einen Vortrag hielt über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft während des Krieges und die Aussichten nach dem Kriege. Er beklagte in recht kräftigen Tönen den Mangel an sozialpolitischem Verständnis, welches bisher den Arbeitern der Staats- und Privatbetriebe von den Arbeitgebern entgegengebracht worden sei, und zeigte das an einigen Beispielen aus dem Arbeitsverhältnis der Kaiserlichen Werft, was ihm oft Gelegenheit zu Beschwerden durch den Reichstag an die Reichsregierung gegeben habe. Dann folgten er aber das hohe Lied der mit Bestimmtheit zu erwartenden Neuorientierung nach dem Kriege, deren Grundlage der zum Verständigungsfrieden aufgebaute Modus im Reichstag bilde. Nach dem Kriege werde nunmehr eine ganz andere Auffassung auch gegenüber der Sozialdemokratischen Partei Platz greifen. Die Vorurteile gegen politische Andersdenkende scheinen beseitigt zu sein. Die Gleichberechtigung und Mithilfe der Arbeiterorganisationen werden anerkannt werden. Das hätten ihm sogar privatim Minister versprochen. Eingebend der großen Leistungen der Arbeiterschaft im Kriege vor der Front und in der Heimat wird man deren Forderungen mehr als bisher entgegenkommen müssen. Voraussetzung sei aber, daß Deutschland siegreich aus dem Kriege hervorgeht.

Wie wenig Herr Weinhausen selbst von diesem Umschwung der Geister überzeugt ist, bewies er dadurch, daß er aber ungeheure Klämpfe auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet nach dem Kriege als zu erwarten prophezeite und deshalb zum Anschluß an den Gewerbeverein aufforderte.

In der Diskussion übertrug ein Mitarbeiter der Kaiserlichen Werft Herrn Weinhausen eine große Anzahl von Beschwerden und Wünschen in bezug auf die Arbeitsverhältnisse, die in krassem Gegensatz zu der optimistischen Auffassung des doppelten Abgeordneten von Danzig standen.

Dann zerstörte aber Genosse Linde aus Königsberg unter lebhaften Zustimmungsausrufen der Versammlung recht gründlich das Zukunftsgedäude des Herrn Weinhausen, indem er ihm nachwies, wie wenig Eindruck bisher alle Bemühungen und alle Reden der Abgeordneten des sogenannten Friedensbunds auf die Regierung in bezug auf ihre Forderungen gemacht habe. Wie diese Vereinigung mit ihren politischen und wirtschaftlichen Interessengegensätzen in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein unmögliches Gebilde sei und nur künstlich zusammengehalten werde. Wenn es Herrn Weinhausen ernst mit der Herstellung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft sei, dann möge er zunächst seinen Einfluß auf seine Danziger Parteigenossen ausüben, daß sie auch den sozialdemokratischen Vertretern nicht länger den Eintritt in das Danziger Stadtparlament verweigern und seine Partei ernstlich für Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs und Einführung des Frauenstimmrechts einträte.

Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter könne nicht durch Verprochen wandelbarer Minister und Reden grundsätzlicher Politiker erreicht, sondern durch Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung herbeigeführt werden. Wer ernstlich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verbessern will, muß sich zur unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bekennen.

Durch starken Beifall gab der größte Teil der Versammlungsbesucher zu erkennen, daß sie diesen Ausführungen bedeutend mehr Verständnis entgegenbrachten, als dem Vortrag des Herrn Weinhausen, der nur sehr lächelnd aufgenommen worden war. Nach der Rede des Genossen Linde verließ der größte Teil der Besucher unausgesprochen das Lokal und verzichtete sowohl auf die Diskussionsrede eines Regierungssozialisten als auch auf das Schlusswort des Referenten.

## Groß-Berliner Chronik.

Die ärztliche Versorgung in Groß-Berlin liegt sehr im Argen. Das wurde letzten Freitag wieder einmal zum Bewußtsein gebracht durch ein Vorkommnis, das sich in Schöneberg zugetragen hat. Dort war es nicht möglich, trotz aller Anrufe des Rettungsdienstes ärztliche Hilfe zu bekommen für einen Mann, der an Erstickungsanfällen litt. Der Mann starb noch in derselben Nacht. Es wurde festgestellt, daß die Krankheit durch einen kleinen operativen Eingriff leicht hätte behoben werden können. Was dem Manne passiert ist, kommt heute in Berlin öfters vor, nur daß es nicht so an die Öffentlichkeit kommt. Wer des Nachts plötzlich einen Arzt braucht, kann zu einem Duzend Kerze laufen, ohne Hilfe zu erhalten. Am schlimmsten sind die armen Leute daran, die nicht gleich das Arzthonorar auf den Tisch legen können. Und mit der sonstigen ärztlichen Hilfe und mit der Behandlung ist es auch nicht besser.

Wer heute krank wird, muß sehen, wie es fertig wird. Stärkungs- und Erfrischungsmittel für einen Kranken sind überhaupt nicht zu haben. Milch bekommt man nur, wenn man ein halbes Duzend Krankheiten hat und auch dann nur nach 10-14 Tagen, wenn mancher Kranke schon die letzten Atemzüge getan hat. Die Krankenhäuser sind auch überfüllt und dann läßt die Beköstigung auch nicht mehr wie alles zu wünschen übrig.

Wo bleiben die Fische? So muß man sich fragen, wenn man liest, daß nach einer vom Reichskommissar für Fischversorgung aufgemachten Statistik im Monat Januar Groß-Berlin nicht weniger als 4 Millionen und im Februar 7 Millionen Kilogramm Fische überwiesen worden sein sollen.

Wenn man diese Zahlen liest, so glaubt man zunächst, die Mengen seien auch an die Verbraucher Groß-Berlins einigermaßen gleichmäßig verteilt worden. Nach der Februarzuweisung würden auf den Kopf der Bevölkerung nicht weniger als 4 Pfund in einem Monat entfallen sein. Aber wer sich diesem Glauben hingeben wollte, der kennt die Schattenseiten der öffentlichen Bewirtschaftung und Rationierung schlecht. Die Groß-Berliner Bevölkerung in ihrer großen Masse hat im laufenden Jahre noch so wenig Fische bekommen, daß von einer Kopfquote von sechs Pfund in den ersten drei Monaten nicht entfernt die Rede sein kann. Wenn man unter den Verbrauchern Umfrage hält, ob sie in jedem Monat etwa 2 Pfund Fische oder Fischraucherwaren zu kaufen bekommen hätten, so sehen sie den Fragenden an, als ob sie an seiner Zurechnungsfähigkeit zweifeln. Tatsächlich hat das Groß-Berliner Publikum in keinem Monat 2 Pfund Fische erhalten können, und was überhaupt an Raucherwaren zum Verkauf gelangte, war so wenig und minderwertig, daß die Verbraucher sich nur unzufrieden äußerten.

Wenn die Kommunen tatsächlich die vom Reichskommissar angegebene Menge Fische erhalten haben — nicht bloß auf dem Papier — so muß doch folgendes festgehalten werden: Die Menge, die die Kommunen wirklich erhalten haben, erfahren wieder eine Verkleinerung auf dem Wege zu den Kaufleuten, die die Fische an das Publikum verkaufen. Und bei diesen Kaufleuten erfahren die Fischmengen abermals eine Verkleinerung, bis sie an die letzten Verbraucher gehen. Was dann zuletzt für die minderbemittelten Verbraucher noch herauskommt, das ist schon der Menge nach sehr stark zusammengeschrumpft, noch mehr aber hat die Güte nachgelassen; die bessere Ware hat sich verflüchtigt; sie ist zwar auch dem Verbrauch zugeführt worden, aber auf ganz anderen Wegen, als es nach den Normen der öffentlichen Bewirtschaftung sein dürfte. Wenn also der Reichskommissar eine Tonne Fische anweist, so ist zwar nicht sicher, daß diese Tonne auch wirklich richtig zugewiesen wird, jedenfalls aber ist ganz sicher, daß auf dem Wege bis zum letzten Verbraucher die Tonne eine ganz ansehnliche Einbuße erleidet, so ansehnlich, daß dadurch die statistischen Zahlen des Reichskommissars über Fischzuweisungen ihren Wert für die Beurteilung der Fischversorgung ganz und gar verloren haben.

Wenn man wirklich zu einer richtigen Beurteilung der Fischversorgung durch die öffentliche Bewirtschaftung gelangen will, dann muß man davon ausgehen, was das Groß-Berliner Publikum tatsächlich erhalten hat. Man würde dann bald die Wahrnehmung machen, daß die imponierenden Papierzahlen, über die sich seinerzeit schon Herr von Bodo lustig machte, in der Wirklichkeit ganz anders aussehen.

In Neukölln ließ die Staatsanwaltschaft auf dem Rathaus eine Durchsuchung der Räume vornehmen und die Kassenbücher beschlagnahmen. Dadurch sah sich der dortige Magistrat außerstande, die fälligen Zahlungen vorzunehmen und er schloß die Kasse. Auf sofortige Beschwerde an den verschiedensten Stellen wurden die Bücher dem Magistrat wieder herausgegeben. Die Beschlagnahme blieb aber bestehen.

Der Grund zu diesem Vorgehen liegt darin, daß der Magistrat von Neukölln vor einigen Monaten in einer Denkschrift die heutige Ernährungsmethode geißelt und dabei offen erklärt hat, Lebensmittel könnte man auch heute bekommen, wenn man über die Höchstpreise zähle; er habe das auch tun müssen. Deswegen wurde ein Strafverfahren gegen den Neuköllner Magistrat eingeleitet. Zu diesem Zwecke wollte sich die Staatsanwaltschaft der Bücher als Beweismittel versichern, obwohl alle Welt weiß, daß der Neuköllner Magistrat nur offen ausgesprochen hat, was auch anderwärts gang und gäbe ist.

Die Kirche hat einen großen Magen. Sie will vom 1. Oktober ab für einen Teil der Tausen, für Trauungen und für kirchliche Scheine Gebührenerhöhungen eintreten lassen. Es ist ganz interessant, sich diesen Tarif näher anzusehen: Nicht berührt werden alle diejenigen Tausen, die an Sonn- und Festtagen sowie an den festgesetzten Wochentagen in den Kirchen vollzogen werden. Die Wochentage (mindestens zwei) und die Stunden werden von den Gemeindefürsorgeämtern bestimmt. Diese Tausen kosten weder Gebühren noch Anzeigen, wobei es auch in Zukunft verbleibt. In anderen als den festgesetzten Tagen oder Stunden sollen die Gebühren statt 5 Mark künftig 7,50 Mk. betragen; in einzelnen Fällen können sie aber aus triftigen Gründen erlassen werden, ebenso wie für Haustrauen, für die künftig 22,50 Mk. Gebühren erhoben werden sollen. Frei bleibt auch künftig das kirchliche Aufgebot und die einfache Trauung in der Kirche zu den festgesetzten Zeiten; zu anderer Zeit sollen 18 Mk. (statt bisher 12 Mk.) erhoben werden, für eine Trauung mit besonderem Schmucke 37,50 Mk. (statt 25 Mk.) für eine Haustrauung 60 Mk. (statt 40 Mk.). Für jeden Auszug aus den Kirchenbüchern über Tausen, Trauungen und Beerdigungen, die nach dem 1. Oktober 1874 vorgenommen sind, beträgt die Gebühr statt 50 Pf. künftig 75 Pf. soweit solche Auszüge nicht gesetzlich kostenfrei sind. Die sämtlichen Erhöhungen, über die

die Stadtynode erst zu beschließen hat, betragen 50 vom Hundert.

Man sieht, die Kirche kennt Geld. Wir meinen aber auch, wer sie benutzen will, soll auch zahlen, aber müßte dafür gesorgt werden, daß die Kirche vom Staate getrennt wird und alle, die ein kirchliches Bedürfnis haben, die Kosten für kirchliche Zwecke allein tragen.

Sammelklassen für schwachsinrige Kinder sollen von der Berliner Schulverwaltung eingerichtet werden. Diese Einrichtung ist sehr zu begrüßen. Bisher mußten solche Kinder nach der Idiotenanstalt in Dalldorf gebracht werden, und die Eltern wurden obendrein zu den Kosten herangezogen. Das fällt nun fort.

Die Moral der Schüler und Schülerinnen höherer Schulen wird beleuchtet durch eine Vorlage des Magistrats, durch welche die Mittel erbeten werden, zur Anfertigung von Ausweisarten für Lehrer und Schüler. Vor einiger Zeit schon wurden lebhaftest Klagen über unziemliches Benehmen von Schülern auf öffentlichen Plätzen, namentlich in den Holten, geführt. In einer Vorlage an die Stadtverordneten begehrt der Magistrat die Bewilligung von 1000 Mark zur Anfertigung von Ausweisarten für Lehrpersonen und Schüler. Mit diesen Ausweisarten sollen alle Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten, Mittel- und Handelsschulen sowie Privatschulen vom 14. Lebensjahre ab versehen werden. Die Schüler sind verpflichtet, die Karten dauernd bei sich zu tragen. Den Lehrern soll die Karte die Möglichkeit des autoritativen Einschreitens geben. In der Begründung der Vorlage wird unter anderem darauf hingewiesen, daß Angehörige höherer Lehranstalten sich auf den Straßen, insbesondere unter den Linden, in den Zelten und im Viktoriapark unangemessen, ja zuchtlos betragen und in besonders gemieteten Räumen an Ausweisungen sich beteiligt haben, in denen unter der Maske der Einübung von Wandergesängen ein ungebundener und zügelloser Verkehr zwischen beiden Geschlechtern gepflegt wird. Volkshochschul- und Oberkommando haben schon diese Ausschreitungen höherer Schüler bemängelt.

Eine Familientragödie, der vier Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich am Montag im Norden Berlins ereignet. In dem Hause Garnikauer Straße 17 wurden in ihrer im zweiten Stockwerk des Vorderhauses gelegenen Wohnung die Frau des Zimmermanns Heidrich und ihre drei Söhne im Alter von drei, fünf und sechzehn Jahren, tot aufgefunden.

Frau Heidrich erhielt vor einigen Tagen aus dem Felde die traurige Nachricht, daß ihr Mann bei den Kämpfen im Westen gefallen war. Diese Mitteilung hatte die Frau derart erschüttert, daß sie den festen Entschluß faßte, mit ihren Kindern gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Diesen Entschluß hat sie auch ausgeführt.

Einen Berliner Schülerhilfe, dient will die städtische Schuldeputation, wie sie in einer Rundverfügung den Direktoren mittels, einrichten lassen. Alten, Schwachen oder Kranken Leuten, ferner solchen Personen, die durch ihre Arbeitslosigkeit verhindert sind, selbst die Kosten von den Lagerplätzen zu holen, sollen die nötigen Brennstoffe durch Schüler der Schulen in der schulfreien Zeit zugeführt werden. Die Deputation für die Kohlenversorgung erwägt, ob es angezeigt erscheint, für die Beförderung keine Handwagen den Schulen zur Verfügung zu stellen. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit einer Kontrolle wird eine sorgfältige Auswahl unter den in Betracht kommenden Schülern angebracht sein. Die Bürgerwehr wird weiterhin bei den Protokommisionen und Kohlenhändlern wegen dieser Einrichtung die erforderlichen Hinweise erhalten.

Das große Vogelhaus des Zoologischen Gartens enthält, trotzdem seit bald drei Jahren schon alle Zufuhr stoch, immer noch eine schöne Reihe ornithologischer Seltenheiten und Kostbarkeiten, darunter auch einen australischen Staffelschwanz, einen Verwandten unseres Zaunknigs, der aber nicht, wie unser heimischer Vogelzweig, ein kurz aufgestülptes Schwänzchen, sondern einen langen, staffelförmig abgestuften Schwanz besitzt. Nachdem das Vogelhaus, unscheinbar bescheidet, drei Jahre lang im Vogelhaus ein wenig beachtetes Dasein geführt hat, hat es sich jetzt erst mit schwarzem Brustflaß, hellblauer Kopfplatte und ebensolcher Nacken ausgefärbt und erregt in diesem schmucken Federkleid natürlich viel mehr die Aufmerksamkeit der Besucher.

## Aus der Zeit.

**Dividende — Superdividende — Bonus.** Die Stettiner Nähmaschinen und Fahrradfabrik Stoewer & Co., die übrigens auch Automobile für den Heeresbedarf baut, verteilt für das letzte Jahr nur 4 Prozent Dividende. Da sind die Papierhaber wohl zu bedauern. Aber ihr Schmerz wird gemildert; sie bekommen noch eine Superdividende und zwar in der Höhe von 12 Proz. Das läßt sich schon hören. Jedoch auch mit den 16 Proz. sind sie noch nicht abgefunden; auf jede Aktie gibt es weiter noch einen Bonus von 150 Mark. So daß die wirkliche Ausschüttung 31 Proz. darstellt. Außerdem war es möglich, an Lantime und Sondervergütung für den Vorstand 144 287 Mark zu verteilen, was nochmal 4,5 Prozent des Aktienkapitals ausmacht. Auf das 3 Mill. Mark betragende Grundkapital sind im letzten Jahre über 2 Millionen Mark Reingewinn herausgebracht worden, die vorweg abgezogenen Abschreibungen stellen sich auf 648 600 Mark.

Das Kriegsgeschäft bringt doch was ein!

Verantw. Redakteur: G. Leib; Verleger: A. Hoffmann; Seite Berlin D. 27, Schilderstraße 5. Druck: Rösser & Dimmig, Berlin, Spandauer Str. 34-35.